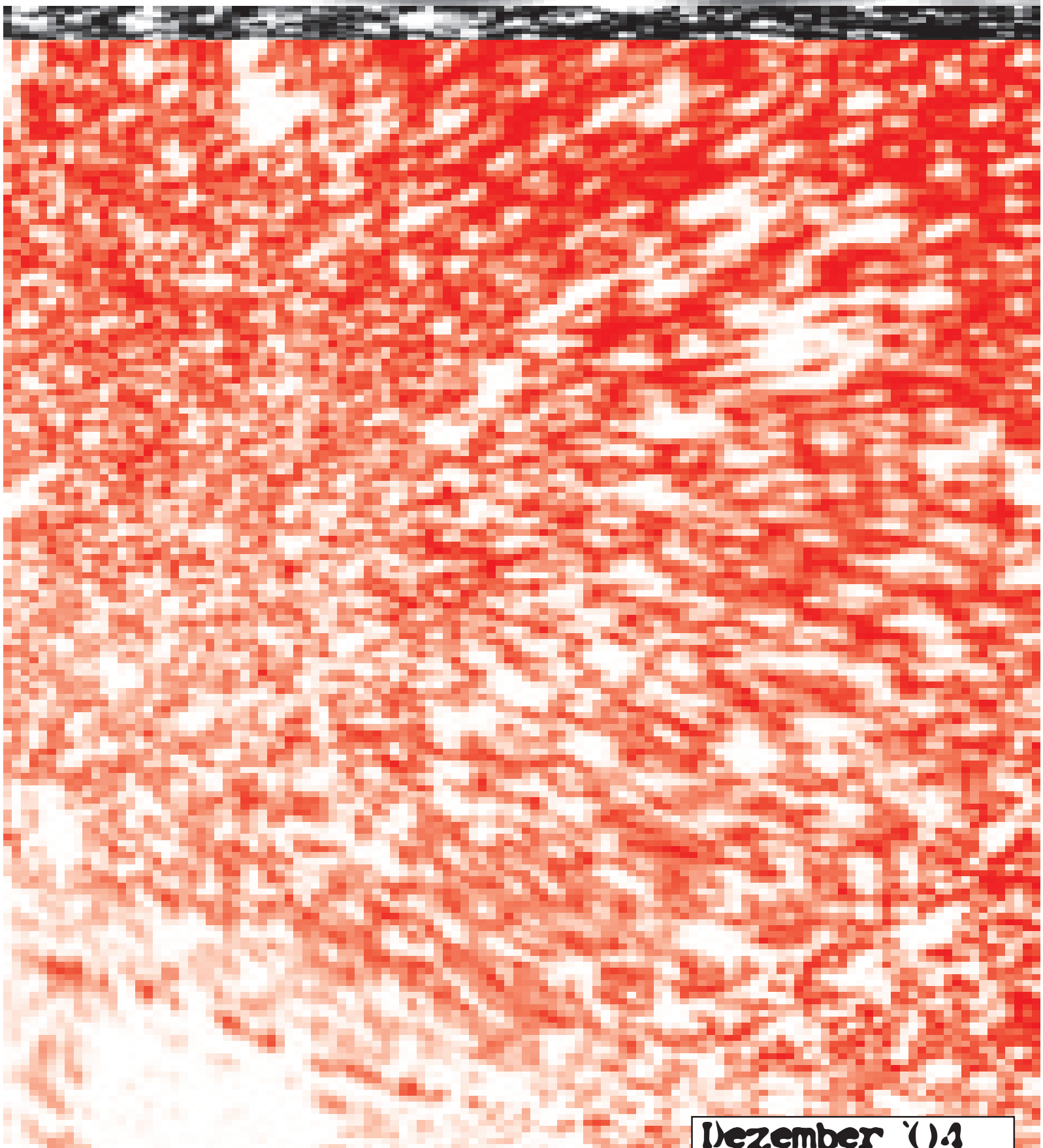
Alhambra

Zeitung und Programm



Dezember '04

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Redebeitrag auf der oldenburger Demo am 8.11. anläßlich des ersten Todesfalls bei einem Castor-Transport 3

OPFER DES AUSSTIEGS
Nach dem Todesfall während des jüngsten Castor-Transportes sollen die Atomkraftgegner über ihre Widerstandsformen nachdenken. Dabei starb der Aktivist offenbar, weil der Zug zu schnell fuhr. 4

Republikaner - Stand auf dem Schlossplatz verhindert! 7

Der AZ Wagenplatz in Osnabrück wurde am Montag, dem 15.11., am frühen Nachmittag, durch die Polizei, die Osnabrücker Abfallwirtschaftsbetriebe, das Ordnungsamt und das Abschleppunternehmen Schubert geräumt. 8

„Flensburger Nächte sind lang-
über die Konstruktion psychischer Beihilfe zu Straftaten und den Stand der Prozesse 10

Agenturschluss
„Arbeitsagenturen" und „Personal Service Agenturen" am 3. Januar 2005 lahmlegen! 12

Einpeitschen von Arbeit
Gegen Arbeitslose und »hohe« Löhne behalf sich bereits der frühe Kapitalismus mit Gesetzen, schildert Karl Marx 13

Die Lumpen-Intelligenzia
Die ökonomischen Gründe der Verluderung der grünen Partei im allgemeinen und ihrer Vorsitzenden im besonderen 14

Anleitungen die die Welt nicht braucht - Teil 2
Wie Mensch eine Bierflasche mit einem Feuerzeug öffnet. 17

Politik in der Provinz
Interview mit Celler Linken 18

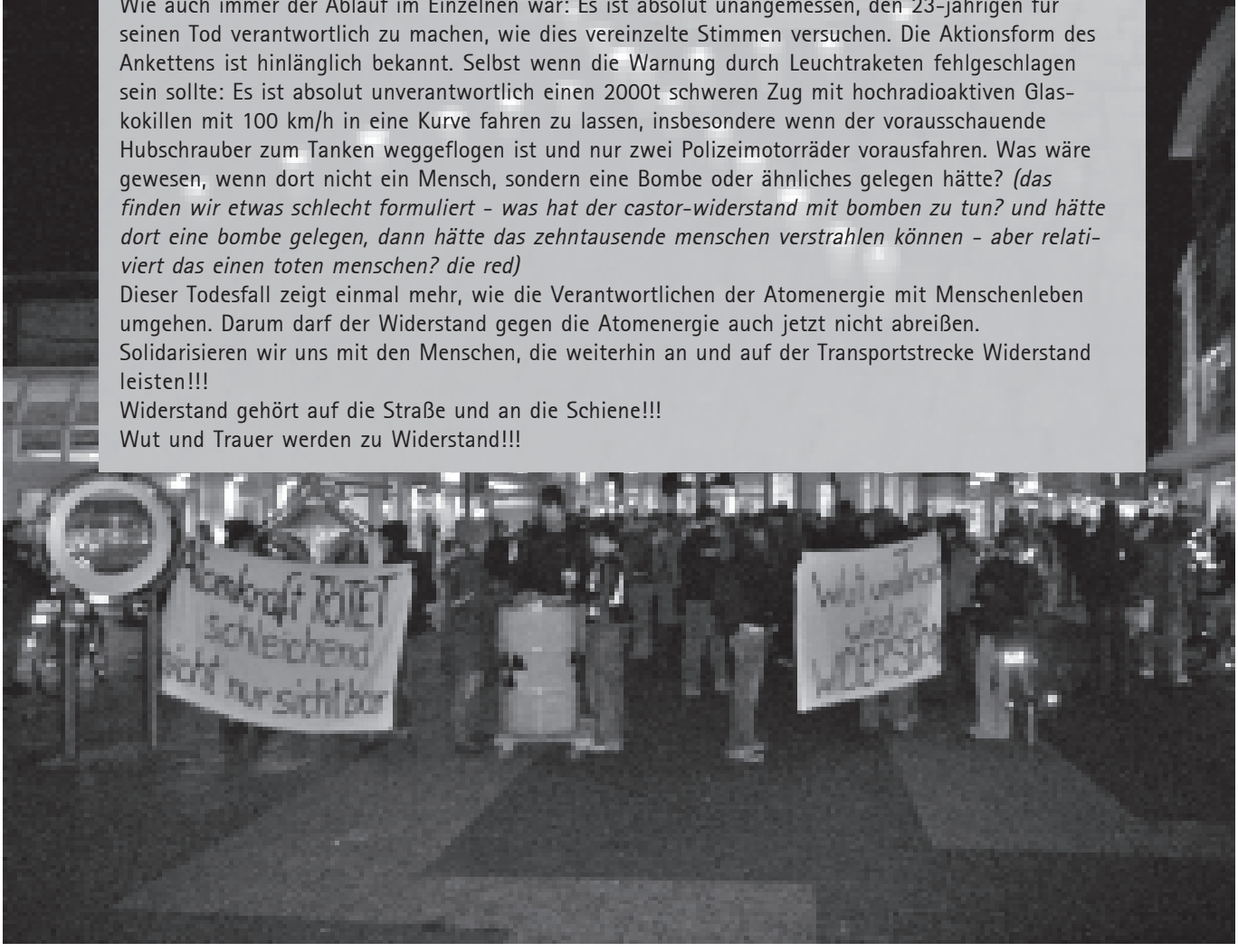
WAS FÜR EINE ZUKUNFT FÜR TOGO ! 21

Filmriß
Blick zurück nach vorn- Jugend im Faschismus 22

Crush hour concerts/LuST-Talentschuppen/le chien électrique 23

Redebeitrag auf der oldenburger Demo am 8.11. anläßlich des ersten Todesfalls bei einem Castor-Transport

Hallo
Jetzt folgt ein Redebeitrag zu den aktuellen Vorfällen beim Castor-Transport. Wie ihr sicherlich mitbekommen habt, ist gestern bei einer Protestaktion gegen den Castortransport ein Mensch ums Leben gekommen. Über die Umstände ist nur sehr schwer etwas zu erfahren. Die Informationen sind zum Teil widersprüchlich.
Laut castor.de haben sich um 14.40 Uhr 8 Menschen jeweils zu viert bei Avricourt an die Gleise gekettet. Ca. 1 Autostunde entfernt, in der Nähe von Nancy wurde der Castor bereits zwei Stunden aufgehalten durch zwei Personen, die sich ebenfalls an die Gleise gekettet haben.
Um 15.00 Uhr erreichte der Castorzug die Stelle. Die drei mit dem Verstorbenen zusammengeketteten Personen schafften es in letzter Sekunde sich zu befreien. Der 23-jährige schaffte es aus ungeklärten Umständen nicht mehr rechtzeitig. Ihm wurden beide Beine abgetrennt. Er kämpfte noch zwei Stunden ums Überleben und erlag dann seinen Verletzungen. Dies ist ein sichtbarer Toter der Atomenergie von vielen unsichtbaren Toten. Ich möchte euch nun um eine Schweigeminute für dieses und alle anderen Opfer der Atomenergie bitten.
Danke.
An dem Ort, an dem dieser Mensch ums Leben gekommen ist, fuhr der 2000t schwere Transport mit seiner hochradioaktiven Fracht mit 100 km/h in eine Kurve, obwohl er kurz vorher bereits 3 Stunden durch die gleiche Aktionsform aufgehalten wurde. Es gab nur 2 Polizeimotorräder, die dem Castortransport vorausfuhren. Das französische Netzwerk für den Atomausstieg sagt, dass die Aktivisten vermuten, dass das erste Motorrad sie übersehen habe. Das zweite, unmittelbar vor dem Transport fahrende Motorrad warnte den Zugführer, die Warnung schlug offenbar fehl. Der Zugführer zog die Notbremse, als er die Aktivisten sah, aber er kam nicht mehr rechtzeitig zum Stehen. Der scheinbar einzige Hubschrauber, der dem Transport normalerweise vorausflog, war zu dieser Zeit nachtanken. Das Netzwerk für den Atomausstieg teilte mit, dass es sich um eine erfahrene Gruppe gehandelt habe und einiges schief gelaufen sein müsse.
Wie auch immer der Ablauf im Einzelnen war: Es ist absolut unangemessen, den 23-jährigen für seinen Tod verantwortlich zu machen, wie dies vereinzelte Stimmen versuchen. Die Aktionsform des Ankettens ist hinlänglich bekannt. Selbst wenn die Warnung durch Leuchtraketen fehlgeschlagen sein sollte: Es ist absolut unverantwortlich einen 2000t schweren Zug mit hochradioaktiven Glaskokillen mit 100 km/h in eine Kurve fahren zu lassen, insbesondere wenn der vorausschauende Hubschrauber zum Tanken weggeflogen ist und nur zwei Polizeimotorräder vorausfahren. Was wäre gewesen, wenn dort nicht ein Mensch, sondern eine Bombe oder ähnliches gelegen hätte? *(das finden wir etwas schlecht formuliert - was hat der castor-widerstand mit bomben zu tun? und hätte dort eine bombe gelegen, dann hätte das zehntausende menschen verstrahlen können - aber relativiert das einen toten menschen? die red)*
Dieser Todesfall zeigt einmal mehr, wie die Verantwortlichen der Atomenergie mit Menschenleben umgehen. Darum darf der Widerstand gegen die Atomenergie auch jetzt nicht abreißen.
Solidarisieren wir uns mit den Menschen, die weiterhin an und auf der Transportstrecke Widerstand leisten!!!
Widerstand gehört auf die Straße und an die Schiene!!!
Wut und Trauer werden zu Widerstand!!!



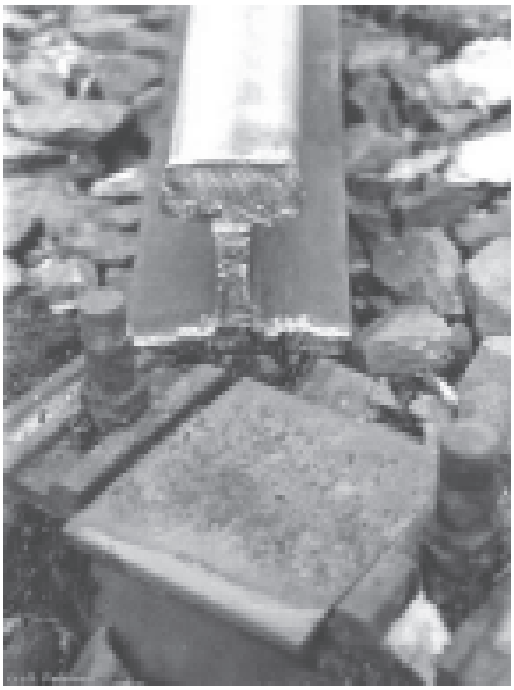
OPFER DES AUSSTIEGS

Nach dem Todesfall während des jüngsten Castor-Transportes sollen die Atomkraftgegner über ihre Widerstandsformen nachdenken. Dabei starb der Aktivist offenbar, weil der Zug zu schnell fuhr.

Der Bundesumweltminister hatte schnell entschieden, wem ins Gewissen zu reden sei. Jürgen Trittin (Grüne) mahnte nach dem Tod des französischen Atomkraftgegners »alle Beteiligten zur Besonnenheit«. Kein Ziel rechtfertige es, »das eigene Leben oder die Gesundheit anderer zu gefährden«, erklärte er am 7. November, am Tag des tödlichen Unfalls. Rührend, wie sich Trittin gerade in dieser Angelegenheit um die Gesundheit seiner Mitmenschen sorgt.

Der Bundesvorstand der Grünen äußerte seine »Trauer und Betroffenheit«, die niedersächsischen Grünen sagten ihre für den 8. November angesetzte Fraktionssitzung in der Nähe der Transportstrecke im Wendland ab und forderten eine »besonnene Reaktion von Atomkraftgegnern und Polizei«. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Rebecca Harms, die die Jeanne d'Arc des Widerstands gegen die Transporte mimt, obwohl ihre Partei als Teil der Bundesregierung für diese verantwortlich ist, sagte: »Ich glaube, dass wir nicht über unsere Ziele, wohl aber über unsere Wege zum Ziel nachdenken und sprechen müssen.« Die Süddeutsche Zeitung schließlich forderte am Dienstag voriger Woche im Stile eines Regierungsblattes, die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg solle sich »expressis verbis von den Blockierern distanzieren«.

Fast schien es, als würde der Tod des 21jährigen Sébastien Briat während des jüngsten Transportes von Castoren aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague ins Zwischenlager Gorleben nahe dem französischen Ort Igney-Avricourt nicht nur groteske grüne Fraktionssitzungen an der Transportstrecke, sondern vor allem Formen des Widerstands wie Gleis- und Sitzblockaden diskreditieren. Nach den Neuigkeiten vom vergangenen Wochenende sieht die Sache jedoch etwas anders aus.



Denn wie Spiegel-online berichtet, sei Briat nach Angaben französischer Atomkraftgegner zum Zeitpunkt des Unfalls nicht an das Gleis angekettet gewesen. Die vier französischen Gleisbesetzer hätten sich beim Herannahen des Zuges rechtzeitig aus ihren Verschlüssen lösen können, sie seien jedoch von der »Schnelligkeit der Ereignisse« überrascht worden. Briat sei vom Luftwirbel des Zuges erfasst und auf das Gleis geschleudert worden. Der Zug überfuhr Briat, auf der Fahrt in ein Krankenhaus verstarb er. Hinzu kam offenbar, dass ein Hubschrauber, der dem Zug vorausflog, um etwaige Hindernisse auf der Strecke aufzuspüren, zur Zeit des Unglücks zum Tanken abgedreht hatte. Die französische Staatsanwaltschaft soll diese Version des Unfalls »im Kern« bestätigt haben.

Demnach kostete nicht allein die waghalsige Aktion der Atomkraftgegner Briat das Leben, sondern die zu hohe Geschwindigkeit des Zuges. Er fuhr mit annähernd 100 Stundenkilometern, obwohl er, wie die französische Bahngewerkschaft Sud Rail kritisierte, als Gefahrguttransport vor jedem »auftauchenden Hindernis« hätte anhalten können müssen. Ein Sprecher der Gewerkschaft sagte der Zeitung Libération, in der kurvenreichen Strecke in Lothringen hätte der Zug nur 20 oder 30 Stundenkilometer fahren dürfen. Die französischen Atomkraftgegner sagten der Zeitung zufolge: »Die Verantwortung aller Beteiligten, auch die unserige, wird ermittelt werden müssen.«

In Deutschland wurde nach dem Unfall vor allem von den Atomkraftgegnern gefordert, über ihre Widerstandsformen nachzudenken, während ein Aussetzen der Castor-Transporte überhaupt nicht zur Debatte stand. »Vor allem die Grünen haben in dieses Horn hineingeblasen«, sagte ein Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg der Jungle World. »Aber wir können den Gruppen nicht vorschreiben, was sie tun sollen. Auch in Deutschland ist streckenweise kein Hubschrauber vorausgeflogen, und der Zug fuhr mit defekten Bremsen, aber alles soll weitergehen wie eh und je.«

Eine Sprecherin der Organisation Robin Wood, die sich, anders als die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, an Gleisblockaden beteiligt, meinte: »Sicher ist eine Denkpause vonnöten, aber nicht mit dem Ziel, alles in Frage zu stellen, was bisher gemacht wurde.« Sie wies daraufhin, dass in den USA solche Transporte nur in Schrittgeschwindigkeit fahren dürften.

Auch die Gruppe Widersetzen, die aus dem Wendland kommt und Sitzblockaden organisiert, beschäftigt sich mit den Vorwürfen an die Anti-Atomkraft-Bewegung. »Wir haben nach der Nachricht vom Tod Briats überlegt, wie wir damit umgehen sollen«, erzählt Jens Magerl von der Gruppe. »Nach ausgiebiger Beratung haben wir uns gesagt, von uns geht keine Aggression aus, deshalb machen wir weiter. Jetzt erst recht.«

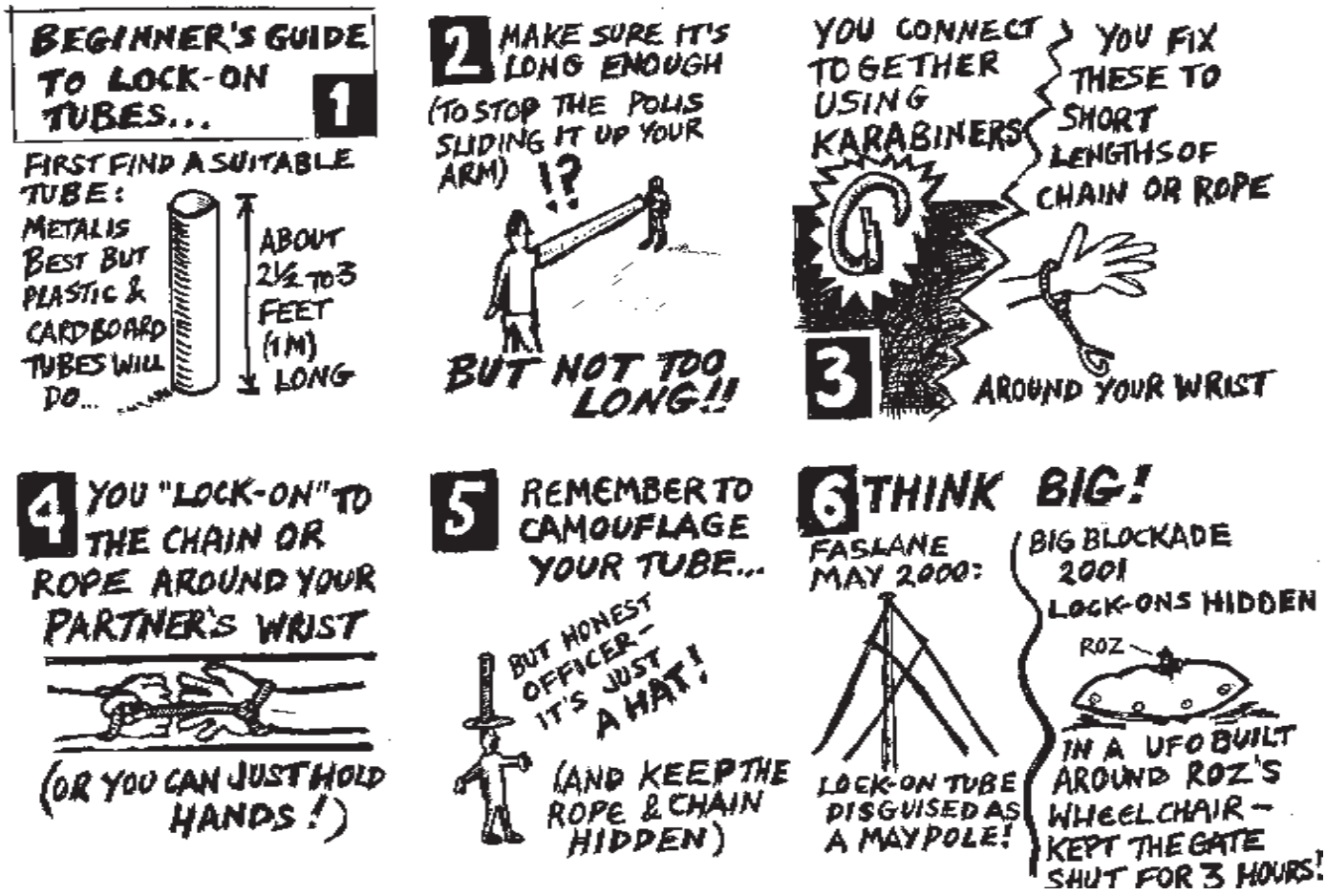
Als die Nachricht am Sonntag voriger Woche das Wendland erreichte, habe die Polizei die Atomkraftgegner zu einem Runden Tisch geladen. Der Einsatzleiter Friedrich Niehörster habe sich besorgt gezeigt, dass die Situation eskalieren könnte, berichtet Magerl. Bei der späteren Räumung einer Straßenblockade kurz vor dem Zwischenlager habe die Polizei jedoch ihr »Stiefelspitzengefühl« demonstriert und rücksichtslos durchgegriffen. »Es ist schon eigenartig«, sagt Magerl. »Diese Transporte sind äußerst gefährlich, die Castoren sind nicht bruch-

getestet. Es bestehen größte Zweifel an der Tauglichkeit der Behälter, sie werden mit 100 Stundenkilometern durch das Land gefahren, und es gibt keine Kontrolle, was auf den Gleisen passiert. So verantwortlich gehen die damit um, und uns sagen sie, wir sollen besonnen sein.«

Dass einige Menschen der Atompolitik der Grünen mittlerweile skeptisch gegenüberstehen, lässt Rebecca Harms keine Ruhe. »Das Vertrauen in die Ernsthaftigkeit von uns Politikern, die heute zum Ausstieg aus der Atomenergie arbeiten, hat arg gelitten«, sagte sie. Wie aber sieht die Arbeit am Atomausstieg aus? Trittin etwa bezeichnet die Castor-Transporte als notwendig, weil es sich um deutschen Müll handele, der zurückgenommen werden müsse. Gleichzeitig lässt er neuen Müll nach Frankreich schaffen, damit der Nachschub nicht ausgeht. Die französischen Grünen, die nicht an der Regierung beteiligt sind, sprechen sich für ein Moratorium der Transporte aus, während den deutschen Grünen, die mitregieren, nichts anderes einfällt, als ihre Hilflosigkeit zu bekunden und die Atomkraftgegner zu ermahnen.

Wer sich ein realistisches Bild über den Stand des angeblichen Ausstiegs machen will, sollte sich die Homepage des deutschen Atomforums (www.kernenergie.de) ansehen. Von Ausstiegsstimmung ist dort keine Spur. Vielmehr kann man Forderungen an die Bundesregierung lesen, Gorleben endlich zum Endlager zu erklären, statt nach anderen Standorten zu suchen. Die optimistischen Überschriften der Beiträge lauten: »Deutsche Kernkraftwerke 2003 weltweit führend« oder »Kernenergie europaweit im Aufwind«. Und den Gegnern viel Glück im Fahrtwind.

geklaut aus der trotzdem immer noch manchmal gelesenen jungle world



„mit Rohren festketten für AnfängerInnen" - Übersetzung:

1 erst find ein passendes rohr: metall ist am besten aber plastik und pappe tut es auch... ca. 1 meter lang

2 pass auf daß es lang genug ist (damit die bullen es nicht an deinem arm hochschieben können)!? aber nicht zu lang!!

3 ihr verbindet euch miteinender mit karabinerhaken. die macht ihr fest an kurzen stücken kette oder seil um euer handgelenk

4 du kettest dich an die kette (oder das seil) am handgelenk der partnerIn (oder ihr haltet euch einfach an den händen)

5 denk dran das rohr zu tarnen („aber herr polizist, das ist nur ein hut!") und versteck seil und kette

6 think big: faslane (mai 2000): das rohr war getarnt als maibaum. big blockade (2001): rohre waren versteckt in einem ufo, das um einen rollstuhl gebaut war - das tor war 3 stunden dicht.

denkt bitte daran: die menschen die sich an eisenbahnschienen festketten bereiten sich gut darauf vor. sie tun sehr viel für ihre sicherheit, von dem in dieser anleitung nichts steht. bringt euch nicht in unnötige gefahr. blockaden sind an vielen orten wirkungsvoll und eine tolle sache und nur selten so gefährlich wie auf eisenbahnschienen. ob ihr klein anfangt oder groß - macht euch gedanken, passt auf euch auf, holt euch rat bei erfahrenen menschen - und dann tut was. ob friedlich oder militant: spaß kann auch widerstand machen!

Republikaner – Stand auf dem Schlossplatz verhindert!

***A**m Samstag dem 6.11. war es so weit:* die Rep`s wollten einen Infostand und eine Kundgebung mit über 100 Leuten abhalten. Das ist ihnen zum Glück nicht so wirklich gelungen. Schon um 8.05 wurde der Platz, wo der Stand stehen sollte, in einer tollen Aktion von einigen Menschen besetzt, die ein 6m hohes Dreibein aufstellten. Flugs kletterte eine Person hinauf und schwebte über dem Schlossplatz. Ab dann sammelten sich auf dem Schlossplatz 500-800 Menschen, wobei sich ein reges Kommen und Gehen entwickelte. Ab etwa 10.00 h fanden sich hinter dem ehem. Katasteramt neben dem „Cadillac" die Republikaner ein. Sie hatten sich zuvor in sicherer Entfernung zu den GegendemonstrantInnen unter der Autobahnabfahrt am Marschweg getroffen. Dorthin waren, auch mit ihrer angekündigten Verstärkung durch die Pappnasen aus Köthen (Sachsen), nur 26 gekommen.

Um 10.00 h wollten sie eigentlich schon auf dem Schlossplatz sein, doch die aus Leipzig, Chemnitz und Bremen angekarrten 500 Bullen machten nur geringfügige Anstalten in Form von Ansagen und verwirrten Manövern den Schlossplatz zu räumen.

Die Bullen entschlossen sich schließlich die Kundgebung der Rep's durchzusetzen, allerdings nicht auf dem hochherzoglichen Schloßplatz, sondern auf etwa 24 qm schnödem Fußweg am Rande. Dort standen nun die 26 Nazis hinter dutzenden Bullenkarren und dem dazugehörigen Personal - ein jämmerlichen Anblick. Ihre Versuche Irgendjemanden zu erreichen scheiterten an dem lautstarken Protest der mehreren hundert AntifaschistInnen, die sich von allen Seiten an die Absperrungen drängelten. Es gab einige kleine Rangelein, einige Farbeier flogen. Als die Rep`s nach einer dreiviertel Stunde genug hatten, wurden die Bullen etwas handgreiflicher, um sie sicher aus der Stadt zu bringen.

Trotz einiger verpasster Chancen, die Nazis anzugreifen, mehreren Verletzten durch Bullenattacken und 4 Festnahmen, war es Alles in Allem ein schöner Tag. Es waren wieder mal viele Menschen auf den Beinen, um den Nazis die Suppe in Oldenburg zu versalzen, was uns ja auch gelungen ist!

Das war der 6.11.

Die glorreichen 24 qm Fussweg der Rep`s

einige Pappnasen aus Köthen und ältere Herren der Rep`s aus NDS am ehem. Katasteramt

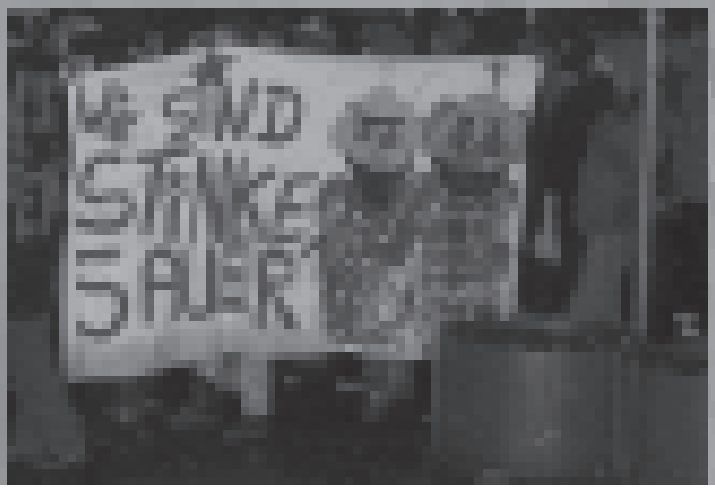
Osnabrück: AZ Wagenplatz geräumt!

Der AZ Wagenplatz in Osnabrück wurde am Montag, dem 15.11., am frühen Nachmittag, durch die Polizei, die Osnabrücker Abfallwirtschaftsbetriebe, das Ordnungsamt und das Abschleppunternehmen Schubert geräumt.

Damit gibt es das Autonome Zentrum, welches seit über zwei Jahren auf dem Wagenplatz existierte, nicht mehr. Das Veranstaltungszelt wurde verschrottet, die Wohn- und Bauwagen wurden abgeschleppt und sichergestellt.
Die Räumung begann erst am frühen Nachmittag und ging ziemlich schnell.
Beteiligt waren neben den Bullen auch VertreterInnen vom Osnabrücker Ordnungsamt, dem Osnabrücker Abfallwirtschaftsbetrieb und das Abschleppunternehmen Schubert.
Es waren keine AktivistInnen auf dem Gelände anwesend, da sich die BewohnerInnen mit einigen Bauwagen auf einem naheliegenden Grundstück befanden, das allerdings im Anschluß ebenfalls geräumt wurde.
Es gab bis jetzt keine Festnahmen.

Im Anschluß an die Räumung des AZ Wagenplatzes in Osnabrück räumten die Bullen auch noch, einen letzte Nacht, von einem Teil der BewohnerInnen, besetzten Platz in der Nähe des AZ Geländes. Hierbei beschlagnahmten sie alle Bauwagen und stellten von deren BewohnerInnen die Personalien fest. Mit der zusätzlichen Platzbesetzung wollten die BewohnerInnen nochmal eindringlich auf die Notwendigkeit des Bauwagenplatzes hinweisen. Desweiteren unterstützen sie die AZ-Gruppe bei ihrem Kampf um ein Autonomes Zentrum.

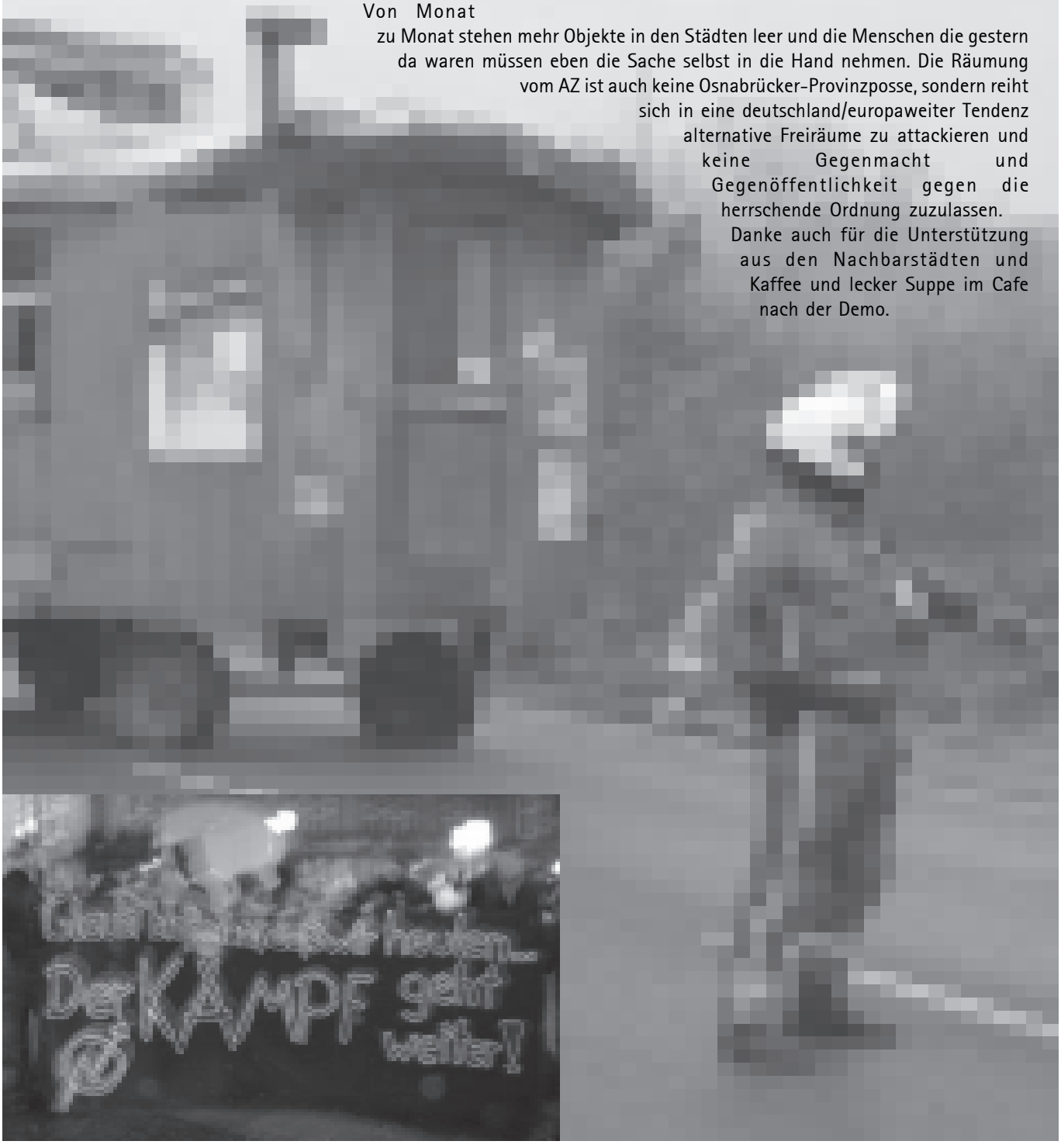
Der Kampf um ein Autonomes Zentrum und einen Wagenplatz ist noch lange nicht vorbei, haltet euch bereit für Aktionen.

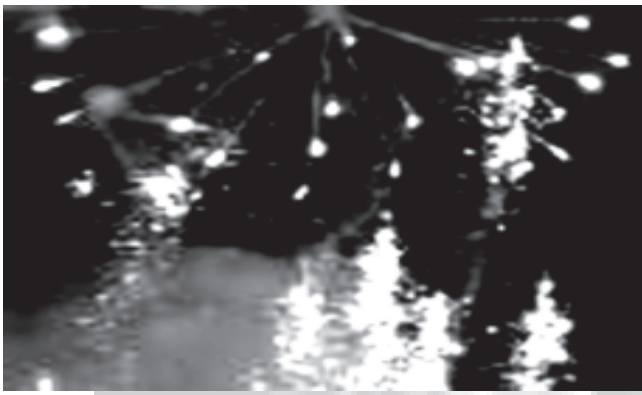


(kleine fotos sind von der demo, das große von der räumung - alles ist von indymedia geklaut)

Am 16.11.2004 fand um 18:00 Uhr eine „spontane" Demonstration für selbstverwaltete Freiräume statt.

Das war eine energische und gute Demo, trotz Regen, Dunkelheit, scheiß Zwangsroute und fieser Bullen, die deutlich macht, dass es einige Power und Unterstützung gibt um weiter für ein Autonomes Zentrum und Wagenplatz zu kämpfen.
Es waren aber nur Menschen aus dem autonomen Spektrum vertreten, von der angeblichen Unterstützung durch Grünies/Sozies keine Spur. Diese werden eh kein Haus und keinen Platz rausrücken. Nur Menschen die wirklich an Freiräumen interessiert sind, werden diese auch realisieren.
Von Monat zu Monat stehen mehr Objekte in den Städten leer und die Menschen die gestern da waren müssen eben die Sache selbst in die Hand nehmen. Die Räumung vom AZ ist auch keine Osnabrücker-Provinzposse, sondern reiht sich in eine deutschland/europaweiter Tendenz alternative Freiräume zu attackieren und keine Gegenmacht und Gegenöffentlichkeit gegen die herrschende Ordnung zuzulassen.
Danke auch für die Unterstützung aus den Nachbarstädten und Kaffee und lecker Suppe im Cafe nach der Demo.





„Flensburger Nächte sind lang"

über die Konstruktion psychischer Beihilfe zu Straftaten und den Stand der Prozesse

In der Silvesternacht 2001/2002 entschließen sich spontan einige Menschen einen politischen Spaziergang durch die Flensburger Innenstadt zu machen um gegen die herrschende Ordnung zu protestieren.

Der mit deutscher Unterstützung geführte Krieg in Afghanistan, der unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung" nebenbei zu weiteren Einschränkungen persönlicher und politischer Einschränkungen in Deutschland genutzt wurde und die begleitende rassistische Stimmungsmache gegenüber MigrantInnen, aber auch andere politische Themen des vergangenen Jahres boten hinreichende Anlässe, um zum Jahreswechsel noch mal kritisch auf sie Bezug zu nehmen und Stunk zu machen. Im Nachhinein ist schwer zu sagen, welche Vorstellungen der oder die Einzelne konkret hatte -eine Konfrontation mit der Polizei war jedenfalls nicht das Motiv der spontanen Demonstration. Dennoch eskalierte die Situation, nicht zuletzt durch das unverhältnismäßige Verhalten der Einsatzkräfte und bestimmte den weiteren Verlauf der Geschehnisse.

Parolen werden gerufen und gelegentlich Sylvesterfeuerwerk abgebrannt. Am Dienstleistungszentrum in der Nähe des Rathauses und am Standesamt werden am Rande der Demo Parolen gesprayt. Während die meisten DemonstrantInnen sich bereits auf dem Weg zum Südermarkt befinden, kommt es etwa zwanzig Meter hinter der Demo in der Nähe des Standesamtes zu Unruhe. Kurz darauf stellt sich heraus, dass Zivilbeamte versucht hatten, einen Zugriff auf vermeintliche SprayerInnen vorzunehmen. Durch diesen Umstand entsteht objektiv eine neue Situation, die den weiteren friedlichen Verlauf der Demo gefährden könnte. Dies wird zwar von vielen TeilnehmerInnen bemerkt, jedoch sieht sich niemand dazu im Stande, in der konkreten Situation die Initiative zu einem sinnvollen Vorschlag zu ergreifen- zumal ein weiteres Polizeifahrzeug auftaucht. Die Zivilbeamten folgen der Demo zu Fuß und weitere Fahrzeuge nähern sich. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Demozug ausschließlich nicht-aggressiven Formen der Meinungsäußerung bedient.
Unvermittelt und ohne erkennbare Ansprache, z.B. die Ansage der Auflösung der nicht angemeldeten Demonstration über geeignete Hilfsmittel wie Lautsprecher oder Megaphon, starten einige Beamte den Versuch, wahllose Einzelpersonen aus der Menschenansammlung gewaltsam herauszureißen. Mehrmals wiederholen sie die willkürlichen Zugriffsversuche, wobei sich die DemoteilnehmerInnen in spontan gebildeten Ketten und Warnungen schreiend zu schützen versuchen. Mehr reagierend als agierend sieht sich die Demo an der Kreuzung Holm/Rathausstraße zwei einzelnen, mit Kampfstöcken bewaffneten Beamten gegenüber. Diese haben offenbar die Dynamik einer von hinten bedrängten Menschenmenge nicht erkannt. In dieser Situation fliegt Leuchtspur gegen die Windschutzscheibe des von den beiden Beamten verlassenen Streifenwagens. Beim Überrennen der beiden Beamten, die einen Rückzug zu verhindern versuchten, kommt es zu Verletzungen von DemoteilnehmerInnen und Polizei und es finden erste Festnahmen statt. Einigen DemonstrantInnen gelingt es in dieser unübersichtlichen Situation, sich aus der Gefahrenzone abzusetzen. Der Fluchtversuch von über vierzig anderen endet mit einer großen Festnahmeaktion unter Einsatz von Schlagstöcken und Reizgasflaschen im Burghof. Unter den dort Eingekesselten sind vier Personen verletzt, darunter zwei Menschen mit Platzwunden am Kopf, eine Augenverletzung durch Pfeffergas und einer weiteren Person mit mittelschweren Verletzung im Augenbereich, die bei ihrer Festnahme mehrfach mit dem Gesicht auf das Straßenpflaster geworfen war. Durch das unverhältnismäßige Verhalten der eingesetzten Polizei eskalierte die Situation entscheidend: Mehrfach reagierten die Einsatzkräfte willkürlich und unvermittelt und verhinderten den friedlichen Fortgang der Demo. Die Auflösung der Demo war nicht das angestrebte Ziel oder der Zweck des Vorgehens der Polizeikräfte. Eine Ansprache in dieser Richtung hat es nicht gegeben. Die wahllosen Zugriffsversuche vermittelten den Eindruck, dass alle TeilnehmerInnen beziehungsweise alle Leute in Einsatzrechweite mittels Zwangsmaßnahmen in eine ungewisse und nicht aus ihrem persönlichen Verhalten heraus ableitbare nachteilige Lage gebracht werden sollten. Dieses Polizeiverhalten führte unter den TeilnehmerInnnen zu dem gemeinsamen Versuch, sich dieser Maßnahmen zu entziehen. Die bedrängte Demo stieß auf zwei einzelne Beamte, die ca. 70 Menschen den Rückweg versperren wollten, was in der konkreten Situation zu einer zusätzlichen Eskalation führte.
Die Silvesternacht endete für 44 angebliche DemoteilnehmerInnen in Haft. Dort wurden sie bis zu 28 Stunden festgehalten.

Tatvorwürfe

Weder vor oder während des polizeilichen Angriffs noch bei späteren Festnahmen wurde den DemonstrantInnen irgendein Tatvorwurf mitgeteilt. Dieser wurde erst Stunden später, im Einzelfall bis zu achtzehn Stunden nach der Festnahme, im Gewahrsam, nachgereicht. Der einzige dieser Vorwürfe, der sich auf die Zeit *vor* dem Angriff der Polizei bezog und allen 45 in Gewahrsam genommenen mitgeteilt wurde, lautete „gemeinschaftliche Sachbeschädigung" und bezog sich auf das Sprayen politischer Parolen. Es kann aber nicht sein, dass alle TeilnehmerInnen für Sprühereien am Rande einer Demo verantwortlich gemacht werden.

Doch damit nicht genug

An 15. Januar filzen 120 Polizisten das

alternative Wohnprojekt Hafermarkt und 6 weitere „Objekte". Offensichtlich suchen die Beamten in den „Gewaltzentralen" Flensburgs nach Gegenständen, mit denen der Vorwurf der Sachbeschädigung begründet werden kann. Die Razzien erweisen sich als Flop, gefunden wird nichts. „Es geht der Polizei darum, die linke Struktur in Flensburg zu durchleuchten", lautete eine erste Einschätzung der Betroffenen. Doch diese Bewertung erweist sich im Nachhinein als offensichtlich zu harmlos.

„Im Zweifel gegen die Angeklagten"
Die Prozesse bisher

Wenige Wochen später konstruiert die Staatsanwaltschaft aus einem möglichen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz den Vorwurf des besonders schweren Landfriedensbruches. Es werden gleich lautende Anklagen gegen alle 44 Personen verfasst, in denen gegen niemanden ein eigentlich notwendiger individueller Tatvorwurf erhoben wird. Zudem werden restriktive Maßnahmen für die Prozesse angeordnet, um es den Anklagten möglichst schwer zu machen (Einzelverfahren, Verbot der Mehrfachverteidigung...).

Die Anklage stützt sich auf zwei Eckpfeiler: Zum einen wird allen Beteiligten eine Mitwisserschaft der von der Staatsanwaltschaft behaupteten Ausgangslage – nämlich einer beabsichtigten Konfrontation mit der Polizei- unterstellt. Der zweite Punkt der Anklageschrift bezieht sich auf das Konstrukt der psychischen Beihilfe zu Straftaten.

Insgesamt ist der Umgang seitens des Flensburger Amtsgerichts bzw. der höheren Instanzen bei den Verfahren in Berufung geprägt durch zeitliche Zurückhaltung. Erst im Juli 2004 erhielten einige Angeklagte erneut einen Strafbefehl. Dieser ist als Angebot staatlicher Seite zu sehen und würde das Umgehen von Prozessen, die wie oben beschrieben für die Angeklagten und ihre VerteidigerInnen möglichst mühsam gestaltet wurden, zur Folge haben. Die geforderte Geldstrafe liegt bei 90 Tagessätzen zu je 15 euro. Alles in allem ergeben sich für jede/n Betroffenen eine Summe von 1.415 euro. Alle bisher angeschriebenen haben Einspruch erhoben.

Der Straftatbestand wurde vom Landfriedensbruch in einem besonders schwerem Fall (§125 a) auf einfachen Landfriedensbruch reduziert (§125).

Psychisch geholfen

Im ersten Strafbefehl ist das Konstrukt der psychischen Beihilfe noch weniger konkret als solche benannt, d.h. Handlungen werden direkt benannt, der Überbegriff der psychischen Unterstützung wird jedoch erst im Folgeschreiben ausformuliert.

„Geschlossenes Mitmarschieren" in einer „unfriedlichen Menschenmenge" und „gemeinschaftliches Zustürmen" auf zwei Beamte, begleitet durch lautes „Kampfgeschrei" motivierte (angeblich) nicht identifizierte Täterinnen und Täter zu Gewalttaten. (aus dem ersten Strafbefehl, März 2002)

Eine begriffliche Konkretisierung des Konstrukts findet sich im letzten Absatz des aktuellen Strafbefehls. Zunächst wird die physische Anwesenheit in der Gruppe, dem nicht Entfernen und somit ge-leisteten „Solidarisierungsbeitrag zur Formierung und Stärkung der Schlagkraft der geschlossen auftretenden Gruppe" vorgeworfen. Eine Unterstützung der „Ausschreitungen" sei somit bewusst in Kauf genommenen und die Identifizierung von „Gewalttätern" verhindert worden.

Besonders hinzuweisen ist jedoch auf die Bedeutung der abschließenden Formulierung: „Zudem wollten Sie durch ihr Mitmarschieren einen psychischen Rückhalt für das Zusammenhalten des als Ausgangsbasis für die konkreten Gewalttätigkeiten dienenden Kollektivs bieten."

Der Terminus *„Bieten eines psychischen Rückhalts"* ist vielschichtig zu betrachten:

Der Vorwurf der psychischen Beihilfe konstruiert eine aktive, im Kollektiv statt findende Handlung. *Es wird ein neuer Strafraum geschaffen, der nicht definiert wird und nicht zu greifen ist. Strafraum meint in diesem Sinne eine Erweiterung der staatlichen Ansatzmöglichkeiten für die juristische Verfolgung von nicht individuell nachweisbaren Delikten durch die Erfindung eines neuen Straftatbestands.*

Mehrfach betätigten sich das Flensburger Amtsgerichts bzw. die Staatsanwaltschaft als KonstrukteurInnen: Zum einen durch das anfängliche Umschwenken des Vorwurfs der Sachbeschädigung, welcher auch erst nach der Festnahme geäußert wurde, zum Tatbestand des schweren Landfriedensbruch.

Zum anderen durch die Konstruktion der physischen Beihilfe, welches unbedingt in seiner Folge und Bedeutung für andere Verfahren beobachtet werden sollte.

Des Weiteren liegt ein Ordner mit ausführlichen Infos im Infoladen aus: mo, mi, fr von 16 bis 19 h, St. Paulistr. 10-12, Bremen

Für Anregungen, Ideen und Unterstützungsaktionen gibt es ein Postfach (ebenfalls im Infoladen).

Bisherige Urteile in Flensburger Silvester-Prozessen:

- Ein Flensburger und zwei Bremer zu neun Monaten auf drei Jahre Bewährung und 450 euro an amnesty international (Revisionsverfahren beantragt)
- Ein Kieler zu 105 Tagessätzen a 8 euro (davon 30 Tagessätze gegen euro Geldstrafe, einmal 40 Arbeitsstunden und einmal 50 Arbeitsstunden.
- Eine Flensburgerin zu 90 Tagessätzen a 8 euro.
- Drei Jugendliche aus Eckernförde zu einmal 250 euro.
- Ein Kieler (als einziger mit dem zusätzlichen Tatvorwurfs des Widerstands mit Folge der Körperverletzung einen Beamten) bekam ohne Verhandlung 60 Tagessätze a 15 euro und erhob Einspruch. Im Berufungsverfahren erhöhte sich das Strafmaß auf 130 Tagessätze a 10 euro-. Berufungsverfahren beantragt

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren!
Die Zurücknahme aller gesprochenen Urteile!
Solidarisiert euch mit den Angeklagten!
Fahrt zu den Prozessen!
Seid kreativ!

Für Spenden:
Verwendungszweck
„Sylvester"
Sparkasse Eckernförde
Kontonummmer 90 14 218
BLZ.: 210 520 90

AGENTURSCHLUSS

»Arbeitsagenturen« und »Personal Service Agenturen« am 3. Januar 2005 lahmlegen!

Wenn am 1. Januar 2005 die neuen Hartz-Gesetze in Kraft treten sollten, rufen wir dazu auf, die »Arbeitsagenturen« und »Personal Service Agenturen« (PSA) bundesweit zu schließen. Am ersten Werktag des neuen Jahres, am Montag dem 3. Januar 2005, werden wir den Start von »Hartz IV« stoppen. Wir werden in Form von Besetzungen, Blockaden oder Versammlungen in den Ablauf der Erwerbslosenbürokratie eingreifen. Wir wollen die Nötigung und Beschneidung unseres Lebens anhalten und einen Raum schaffen für den Ausdruck unserer Ängste, unserer Wut und unserer eigenen Vorstellungen von einem würdigen Leben.

Ob wir mit den jetzt stattfindenden Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen die notwendige gesellschaftliche Kraft entfalten, damit die Regierung die »Hartz-Gesetze« zurücknimmt, wissen wir nicht. Unsere Wut und unsere Phantasie sind aber noch lange nicht aufgebraucht. Wir rufen besonders zur Teilnahme an der Arbeitsagentur-Aktionswoche vom 2. bis 5. November und zur bundesweiten Großdemonstration an der Zentrale der »Bundesagentur für Arbeit« am 6. November in Nürnberg auf. Selbst wenn die »Hartz-Gesetze« Alltag werden, wird der soziale Protest und Widerstand dagegen nicht zu Ende sein. Es sind schon andere Gesetze wieder gekippt worden. Weisen wir das gesellschaftliche Elend, das uns jetzt versprochen wird, zurück. Erinnern wir uns an die erfolgreichen Proteste gegen die Einführung einer Kopf-Steuer (»polltax«) in England Anfang der 90er Jahre. Die massenhafte Aufkündigung des »sozialen Friedens« brachte das Gesetzesvorhaben seinerzeit zu Fall.

Viele Menschen begreifen, dass der Angriff auf uns und unsere Bedürfnisse gleichermaßen für Erwerbslose wie für Lohnarbeitende gilt. Für diejenigen, die lohnarbeiten, als Erpressung zu Mehrarbeit und Lohnverzicht. Für diejenigen, die erwerbslos sind, als Leistungskürzung und Zwang in Billigjobs. Immer mehr Aufwendungen für Renten- und Krankenversicherung kommen für alle dazu. Dass ausgerechnet die großen Sozialverbände wie Caritas, Diakonie oder AWO von der Einführung der nur symbolisch entlohnten Zwangsarbeit für »Arbeitslosengeld-II-BezieherInnen« profitieren wollen, macht sie zu klaren Gegnern im Widerstand gegen die »Hartz-Gesetze«. Im gemeinsam und gleichzeitig erlebten Alltag der Bedrohung mit Arbeit und Arbeitslosigkeit gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Darin liegt aber auch die Möglichkeit, im Protest und Widerstand, nicht nur gegen die »Hartz-Gesetze«, zusammen zu kommen.

Im aktuellen Umbau des Sozialstaates verschiebt sich die Aufgabe der neuen »Agenturen für Arbeit«. Im Leitbild der »Verfolgungsbetreuung« tritt die Zielrichtung der Kontrolle und Ausübung von Zwang gegenüber den erwerbslosen »KundInnen« deutlich hervor und die Förderung und Beratung in den Hintergrund. Wenn die »Arbeitsagenturen« zur »Arbeitspolizei« werden, stellen wir ihre Existenzberechtigung in Frage. In diesem Sinne soll die Schließung der »Arbeitsagenturen« durch unsere Aktionen auch die Forderung nach der Auflösung dieser Behörde ausdrücken.

Was konkret am 3. Januar 2005 in den »Arbeitsagenturen« und »PSAs« passieren wird, ist abhängig von den Menschen vor Ort, von ihrem Zorn und von dem, was sie sich zutrauen. Unser Ziel ist es, uns in den Ämtern zu versammeln, den Betrieb lahm zu legen und dort zu protestieren und zu diskutieren. Dabei können die Beschäftigten der Arbeitsämter mit einbezogen werden. Sollten wir vor verschlossenen Türen stehen, haben wir ein Teilziel erreicht und können uns überlegen, ob und wie wir uns Zutritt verschaffen. Vielleicht haben wir auch vorher schon eine Idee dazu.

Organisiert euch! Macht Agenturschluss in eurer Stadt! Verlegen wir die Montagsdemonstrationen am 3. Januar in die »Arbeitsagenturen« und »PSAs«. Achtet auf Aufrufe und Ankündigungen! Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit!

Agenturschluss ist eine Initiative von sozialpolitisch engagierten Gruppen aus mehreren Städten. Sie entstand auf dem Kongress »Die Kosten rebellieren - Internationale Versammlung zu Prekarisierung und Migration« und wurde auf einem bundesweiten Treffen Anfang August konkretisiert.

Treffpunkt in Oldenburg ist um 9 Uhr bei der ALSO *(Kaiserstr.)*

Gegen Arbeitslose und »hohe« Löhne behalf sich bereits der frühe Kapitalismus mit Gesetzen, schildert

Einpeitschen von Arbeit

Karl Marx

Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andrerseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als »freiwillige« Verbrecher und unterstellte, daß es von ihrem guten Willen abhänge, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten.

In England begann jene Gesetzgebung unter Heinrich VII.
Heinrich VIII, 1530: Alte und arbeitsunfähige Bettler erhalten eine Bettellizenz. Dagegen Auspeitschung und Einsperrung für handfeste Vagabunden. Sie sollen an einen Karren hinten angebunden und gegeißelt werden, bis das Blut von ihrem Körper strömt, dann einen Eid schwören, zu ihrem Geburtsplatz oder dorthin, wo sie die letzten drei Jahre gewohnt, zurückzukehren und »sich an die Arbeit zu setzen« (to put himself to labour). Welche grausame Ironie! (...)
Elisabeth, 1572: Bettler ohne Lizenz und über 14 Jahre alt sollen hart gepeitscht und am linken Ohrlappen gebrandmarkt werden, falls sie keiner für zwei Jahre in Dienst nehmen will; im Wiederholungsfall, wenn über 18 Jahre alt, sollen sie – hingerichtet werden, falls sie niemand für zwei Jahre in Dienst nehmen will, bei dritter Rezidive aber ohne Gnade als Staatsverräter hingerichtet werden. (...)
Ähnliche Gesetze in Frankreich, wo sich Mitte des 17. Jahrhunderts ein Vagabundenkönigreich (royaume des truands) zu Paris etabliert hatte. Noch in der ersten Zeit Ludwigs XVI. (Ordonnanz vom 13. Juli 1777) sollte jeder gesund gebaute Mensch vom 16. bis 60. Jahr, wenn ohne Existenzmittel und Ausübung einer Profession, auf die Galeeren geschickt werden. Ähnlich das Statut Karls V. für die Niederlande vom Oktober 1537, das erste Edikt der Staaten und Städte von Holland vom 19. März 1614, das Plakat der Vereinigten Provinzen vom 25. Juni 1649 usw.

So wurde das von Grund und Boden gewaltsam expropriierte, verjagte und zum Vagabunden gemachte Landvolk durch grotesk-terroristische Gesetze in eine dem System der Lohnarbeit notwendige Disziplin hineingepeitscht, -gebrandmarkt, -gefoltert.

Es ist nicht genug, daß die Arbeitsbedingungen auf den einen Pol als Kapital treten und auf den andren Pol Menschen, welche nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Übervölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit und daher den Arbeitslohn in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den »Naturgesetzen der Produktion« überlassen bleiben, d. h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion. Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu »regulieren«, d. h. innerhalb der Plusmacherei zusagender Schranken zu zwängen, um den Arbeitstag zu verlängern und den Arbeiter selbst in normalem Abhängigkeitsgrad zu erhalten. Es ist dies ein wesentliches Moment der sogenannten ursprünglichen Akkumulation.

Auszug aus
Karl Marx: Das Kapital.
Kritik der politischen Ökonomie.
In: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke
Band 23, Berlin 1972, Seite 761 bis 766

Die Lumpen-Intelligenzia

Die ökonomischen Gründe der Verluderung der grünen Partei im allgemeinen und ihrer Vorsitzenden im besonderen

von Jürgen Elsässer

Sie gilt wechselweise als »Herz-Dame« oder »Seele« der Partei, aber sie ist doch nur der Arsch, der besonders gut auf den Eimer paßt: Claudia Roth, am vorletzten Wochenende zum zweiten Mal zur Vorsitzenden der Bündnisgrünen gewählt. Das Ergebnis war mit knapp 80 Prozent etwas schwächer als beim ersten Mal vor drei Jahren, obwohl sie sich mit wehendem Schal und rotem Mantelkleid wieder mächtig ins Zeug gelegt hatte. Aber vielleicht haben die Tränen gefehlt – das Markenzeichen der ewig Sturzbetroffenen. Sie flossen reichlich, als sie nach den Bundestagswahlen 2002 den Chefsessel vorübergehend räumen mußte. »Ich liebe diese Partei!«, hatte sie den Delegierten vorgeheult, als man der frischgewählten Bundestagsabgeordneten damals satzungsgemäß die Doppelfunktion als Parteivorsitzende entzog. Doch nachdem per Mitgliederbefragung die Trennung zwischen Parteiamt und Parlamentssitz aufgehoben worden war, stand ihrem Comeback nichts mehr im Wege.

Werfen wir noch einen Blick auf ihre Garderobe, denn auch bei ihr bestimmt das Design das Bewußtsein, wie die Bild-Zeitung schon im Sommer 2001 herausgefunden hat: »CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel (47) und Grünen-Chefin Claudia Roth (46) – so bezaubernd, so hübsch, wie wir sie noch nie gesehen haben! Angelas Schultern zart umspielt von flauschigem Marabu, sogar etwas Rot hat sie auf die Lippen getupft. Und Claudia erst! Passend zum Kleid die Haare in Cyclan, die Federkorsage in Violett, die Stola in pink-›grün‹, die Ohrringe: Links ein Herz, rechts ein Keil (wir ahnen: Voll die Absage ans Perlenketten-Establishment). Zu sehen gab's das Ganze gestern anläßlich der Eröffnung der 90. Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth.« (Bild, 26.7..2001)

Da lacht der Realo, und der Fundi wundert sich: Die frühere Managerin der Anarchoband »Ton Steine Scherben« ist zum Wagner-Fan mutiert? Von »Keine Macht für niemand« übergelaufen zur germanischen Götterdämmerung? Aufgetakelt wie die Walküre aus dem Konrad-Adenauer-Haus? Doch man lese genau, die Journaille riecht die Dissidenz: Die Grüne trägt keine Perlenkette, das Establishment muß immer noch zittern.

Die Verpackung entspricht dem Inhalt: Asynchron wie die Ohrringe und pinkgrün schillernd wie die Stola ist auch das politische Wirken von Frau Roth. Pilgert sie einen Tag in Wagners Walhalla, so verteidigt sie am nächsten den »Scherben«-Song »Macht kaputt, was Euch kaputt macht.« Trittin gibt grünes Licht für die Castor-Transporte, sie setzt sich im Wendland auf den Blockadetrecker und lächelt in die Kameras. Ihrem damaligen Co-Vorsitzenden Fritz Kuhn bescheinigt sie, er sei ein »echter Grüner« und wolle keineswegs eine »bessere FDP« aus der Partei machen – obwohl gegen den schwäbischen Oberspießer selbst Guido Westerwelle wie ein Revoluzzer wirkt. Und wer erinnert sich nicht an ihren jahrelangen Kampf gegen Rüstungsexporte? Als erste Amtshandlung verteidigte die frischgebackene Vorsitzende am Montag vergangener Woche die geplante Lieferung von deutschen »Fuchs«-Panzern in den Irak. Nach einer Sitzung des neuen Grünen-Vorstandes widersprach sie Befürchtungen, die Panzer könnten zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. Es handele sich im Gegenteil nicht um Kampf-, sondern um »Transportpanzer«, sagte Roth.

Die Fischer-Bütikofer-Gang gab ihre anfängliche Skepsis gegen eine Wiederwahl der vermeintlichen Linken auf, als Roth auf den Wahlkampfveranstaltungen der vergangenen Wochen für den Sozialkahlschlag warb: Sie kritisiert nicht mehr die »Verschröderung« der Sozialdemokratie, wie sie es früher tat. Statt dessen verteidigte sie die »Hartz-Gesetze«, um »das System zukunftsfest zu machen«.

Zukunftsträchtig auch das Engagements Roths als Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung. Im Bosnien-Krieg Anfang der neunziger Jahre gehörte sie zu den ersten, die den Serben Massenvergewaltigungen vorwarfen und dagegen eine sogenannte humanitäre Intervention forderten. Nun hat sie Tschetschenien entdeckt. Die Politik von Präsident Wladimir Putin sei nicht geeignet, den Kaukasus zu befrieden, heißt es in einem von ihr am ersten Oktoberwochenende eingebrachten und verabschiedeten Antrag. An Schröder appellierte sie, einen der wenigen positiven Punkte seiner Außenpolitik, die Nichteinmischung in die russische Innenpolitik, aufzugeben und bei Putin auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen. Sonst wird Claudia mächtig böse und sagt es Joschka, und der sagt es Madeleine oder Colin oder den anderen Jungs mit dem großen Knüppel.

Joseph Fischer bekannte in seinem Buch »Mein langer Lauf zu mir selbst«: »Fast meine ganze Energie konzentrierte ich auf den politischen Erfolg und ordnete dem Ziel alles andere unter, auch und gerade mich selbst.« In diesem Zusammenhang pries er seine »radikale Lebensänderung durch Auswechseln und völliges Umschreiben meiner persönlichen Programmdiskette«. Claudia Roth verkörpert eine andere Variante der charakterlichen Anschmiegung an die Macht: die Schizophrenie. Damit entspricht sie dem kollektiven Unbewußten

der grünen Basis vermutlich mehr als der Macchiavellismus des Außenministers: Wasser predigen und Wein trinken, Amnesty International unterstützen und die NATO als deren bewaffneten Arm akzeptieren, Federboa und Palästinensertuch, Feminismus und Karriere, Make Love AND War - der ganze verlogene Schmu, der Fischer in der Partei die Mehrheiten sichert, die er mit seiner Skrupellosigkeit allein nicht bekommen könnte.

Politik war ihr einziger Ausweg

Ein Blick auf Frau Roths Vita macht klar, warum sie genau da ankommen mußte, wo sie heute steht. Zunächst verlief alles nach Plan, Anfang der siebziger Jahre absolvierte sie das Gymnasium im bayrischen Krumbach mit einem glänzenden Abitur und begann dann in München mit dem Studium der Theaterwissenschaften. Doch dann heuerte sie auf einem untergehenden Schiff an: Am Kinder- und Jugendtheater in Dortmund wurde sie Dramaturgin, angesichts der Finanzkrise der öffentlichen Hand im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach dem Ölschock ein prekäres Unternehmen. Kein Wunder also, daß sie schon 1981 ihren Wunschberuf abschrieb und Managerin von »Ton Steine Scherben« wurde. Die Band hatte zwar ihre größten Hits schon in den siebziger Jahren gehabt, doch die neue Konjunktur der undogmatischen Szene mit den Hausbesetzungen schien ihr junge Kundschaft bringen zu können.

Die Hoffnung trog: Die Themen der achtziger Jahre – Frieden und Ökologie – gehörten nicht gerade zum Repertoire von Bandleader Rio Reiser, und mit der Wende in Bonn 1982/83 sowie der folgenden Durchsetzung der Raketenstationierung war der gesellschaftlichen Opposition ohnedies jeder Schwung genommen. Roths Job als Managerin bestand nur in der Verwaltung der »spärlichen Einnahmen« der Musiker, schreibt ihre Biographin Ute Scheub (Freitag, 27.7.2001). »Sie lebte und arbeitete im friesischen Fresenhagen, wo die Landkommune unter einem Reetdach wohnte. Claudia versorgte alle mit Liebe und schwäbischen Spätzle. ›Schneewittchen‹ nannten sie die dankbaren Jungs.«

Bei soviel Tristesse und Inzucht war es kein Wunder, daß die Band Mitte der achtziger Jahre zerfiel. Roth stand vor dem Nichts – die Politik war ihr einziger Ausweg. 1986 wurde sie Pressesprecherin der Grünen, 1989 zog sie ins Europaparlament ein, in dem sie bis 1998 blieb. Was Christian Y. Schmidt über die Fischer-Gang schrieb, trifft also auch auf sie zu: »Was die arbeitslose Kaste der Spontiberufspolitiker (...) den grünen Politamateuren voraus hatte, war genau das, was zunächst wie ihr großes Manko aussah: ihr offensichtliches Versagen und die daraus resultierende Hoffnungslosigkeit. Gerade weil (...) sie sich und ihre Bewegung am Ende sahen, waren sie – mehr als die jeglichem Machtstreben skeptisch gegenüberstehenden grünen Politiker – motiviert, in dieser neuen Partei ihre letzte Chance wahrzunehmen und ohne Rücksicht auf programmatische Verluste Karriere zu machen.«

Sponti-Fischer: Doppelte Diaeten

Wie sich diese Rücksichtslosigkeit auszahlte, hat Jutta Ditfurth auf Punkt und Komma nachgerechnet. An der Spitze steht, wie könnte es anders sein, Fischer selbst. Seine Berufslaufbahn war noch trister als die von Frau Roth: Nichts gelernt, nichts studiert, keinen Abschluß. Mit Taxifahren und dem »strategisch gut geplanten Bücherklau« (Christian Y. Schmidt) hielt er sich über Wasser. Anfang der achtziger Jahre dann Übertritt zu den Grünen mit mehreren hundert Mitstreitern aus der Sponti-Szene, Übernahme des hessischen Landesverbandes, Koalition. Dann der Geldregen: Nach knapp 14monatiger Amtszeit als hessischer Umweltminister erhielt er im Frühjahr 1987 eine Abfindung in Höhe von »ungefähr« (FAZ) 130000 Mark. Die behielt er als »Überbrückung«, wegen »persönlich-materieller Unwägbarkeit«
.Davon kann allerdings nicht die Rede sein, denn Fischer hatte zwar sein Ministeramt verloren, wurde aber postwendend Fraktionschef im Wiesbadener Landtag und bezog als solcher Diäten in doppelter Höhe. Auch als Bundestagsabgeordneter scheffelte er: Im letzten grünen Rechenschaftsbericht von 1998 wird er nicht als Spender aufgeführt, womit gesagt ist, daß seine Diäten-Abführung an die Parteikasse unterhalb der gesetzlich relevanten Schwelle von 20000 DM lag. Zum Vergleich: Als Fraktionsvorsitzender bezog er schon vor dem Regierungswechsel ein Jahressalär in Höhe von 232740 Mark, weitere geldwerte Vorteile und Spesen nicht mitgerechnet. Fischer begründet seine Spendenverweigerung mit persönlichen Belastungen, unter anderem mit Unterhaltszahlungen aus seiner zweiten Ehe; wichtiger ist, daß Fischer andere für sich zahlen läßt. Er hat »den persönlichen Betrag, den die Mandatsträger an die Bundespartei abführen müssen, durch die Vermittlung von Spenden (reduziert). Anders ausgedrückt: Dank spendierfreudiger Unternehmer hat Fischer privat mehr Geld zur Verfügung«, schrieb die FAZ (8. 1. 2000). Noch anders ausgedrückt: Je besser sich Fischer mit dem Kapital stellt, umso mehr bleibt bei ihm selbst hängen. »Dank Fischers Kontakten zu Vertretern der Wirtschaft kam eine für Grünen-Verhältnisse außerordentlich hohe Summe zustande«, nämlich »rund 103000 Mark«, berichtet die Zeitung über eine grüne Kollekte im Jahr 1999. Kriegsdividende?

Wer Fischers Politik stützte, wurde von ihm reichlich belohnt – natürlich nicht aus der Privatschatulle, sondern aus dem Staatssäckel. Die Mitglieder seiner früheren Putztruppe waren die ersten, wie Christian Schmidt recherchiert hat. Nachdem Fischer 1985 hessischer Umweltminister geworden war, bekam Cohn-Bendits Hauspostille Pflasterstrand mehrere Jahre lang zinsfreie Kredite aus dem Landeshaushalt, das »Tigerpalast«-Projekt der Kleinkünstler Matthias Beltz und Johnny Klinke wurde mit 700000 DM gefördert. Fischer-Spezi Ralf Scheffler erhielt lukrative Schanklizenzen in Frankfurter Spitzenlagen, um die sich mancher Konkurrent jahrelang vergeblich bemüht hatte, eine »staatlich erteilte Lottokonzession«, wie Spötter meinen. Seine Realo-Mitstreiter hievte der Ex-Sponti ins Ministerium, worauf Mitglieder der ÖTV-Betriebsgruppe kritisierten, »Fischers Leute nähmen (...) sofort Spitzenpositionen ein, während altgediente Beamte bei Beförderungen nicht mehr zum Zuge kämen« und der Deutsche Beamtenbund von »Ämterpatronage großen Stils« sprach. Der Spiegel berichtete: »In Fischers Ministeretage, wo viele Alternative untergekrochen sind, ist die Geldanlage ein wichtiges Gesprächsthema. Ein vielgehörter Satz, so ein Mitarbeiter: ›Mein Steuerberater rät mir, eine Immobilie zu kaufen.‹«

Georg Dick, Fischers Mann fürs Grobe, wurde zunächst Vize-Regierungssprecher der Börner-Regierung und später von seinem Paten via »Sprung-

beförderung« von einer B-3 auf eine B-6 Stelle angehoben – Monatsgehalt 12000 Mark. Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1998 wurde er bei Fischer Ministerialdirektor »mit dem Gehalt eines Drei-Sterne-Generals – so etwas dürfte es in der Schaltzentrale der deutschen Außenpolitik noch nicht gegeben haben«, schrieb die Frankfurter Rundschau. Auch Fischers langjähriger Mitarbeiter Achim Schmillen und der frühere KBW-Chef Joscha Schmierer fanden einen Job im Außenamt – der erste verfaßt Expertisen über die deutsche Interessen in Mittelasien, der zweite über die EU-Politik.

Aber Fischers Konzept wäre nicht aufgegangen, hätte nur seine Seilschaft profitiert. Auch die einfachen Abgeordneten profitieren vom Realokurs. Bis Anfang der neunziger Jahre sollten sie jährlich 71308,39 DM von ihren Diäten an die Parteikasse abführen. Nachdem der linke Flügel im Zuge der deutschen Einheit die Partei verlassen hatte, wurde der Betrag halbiert – auf 35172 Mark. Da zahlreiche Abgeordnete, auch schon vor 1990, den Diätenbeschluß unterlaufen hatten - die Zahlungen waren eine moralisch-politische Verpflichtung, aber juristisch nicht einklagbar, das Gewissen der Abgeordneten ist gesetzlich geschützt –, entschloß sich der Parteitag im März 2000 zu einer weiteren Senkung: Nunmehr sollen nur noch 24000 Mark pro Jahr abgeführt werden, auf freiwilliger Basis. Anders gesagt: Die Austreibung des linken Parteiflügels und der Übergang zur Fischer-Linie hat jedem MdB seit 1990 ein jährliches Plus von etwa 35000 Mark an nichtabgeführten Diäten beschert, nach dem Kosovo-Krieg kamen weitere 11 00 Mark pro Jahr hinzu. Parteiforscher Raschke über die Grünen: »Nur der Staat verschafft ihnen soviel Struktur, wie sie zum Überleben brauchen. Sie sind eine ›staatserhaltene‹ Partei.«

Imperialismus der Ueberfluessigen

Müssen irgendwo auf der Welt Menschenrechte verteidigt werden, so sind die Achtundsechziger unersetzlich. In ihren wilden Jahren haben sie alles gelernt, was man für die Legitimierung des deutschen Eingreifens braucht: Ein bißchen Antifaschismus, ein bißchen Dritte-Welt-Caritas, ein bißchen Antiamerikanismus, ein bißchen Totalitarismustheorie – und vor allem die Fähigkeit, fehlendes Fachwissen mit einem Übermaß an moralischer Betroffenheit wettzumachen.

Die U-Boote der deutschen Außenpolitik, zumeist Gruppen mit dem Schwindeletikett Nichtregierungsorganisation (NGO), bieten mittlerweile eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten auf der ganzen Welt. Jeder Taugenichts und Bruchpilot, der im Mutterland nichts geworden ist, kann so in den neuen deutschen Kolonien und Protektoraten auf Schatzsuche gehen: Bodo Hombach, in Deutschland fast als illegaler Häuslebauer verurteilt, wurde mit dem Jahressalär von 500000 Mark Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt; Tom Koenigs, der zu rot-grünen Zeiten Frankfurt/Main kaputtgespart hat, bekam einen Job als stellvertretender Leiter der UN-Mission im Kosovo; Wolfgang Petritsch, als Politleiche der Kreisky-Zeit im schwarz-blauen Österreich ohne Karriereaussichten, durfte als Hochkommissar Bosnien-Herzegowina regieren; Erich Rathfelder, vom österreichischen Presserat wegen seiner unseriösen Balkan-Berichterstattung gerügt, ist nach Sarajevo übergesiedelt und verdient sich ein Zubrot als Petritschs Ghostwriter.

Hannah Arendt führt in ihrer Totalitarismus-Analyse an, wie der Imperialismus im ausgehenden 19. Jahrhundert auch dadurch entstand, daß »die überflüssig gewordene Arbeitskraft« nach Betätigung und Abenteuern in fernen Ländern suchte. »Diese zum Müßiggang Verurteilten (...) stellten außerdem ein bedrohliches Element dar und waren daher durch das ganze 19. Jahrhundert nach anderen Erdteilen exportiert worden (...) Eine Politik der Expansion, der Export der staatlichen Machtmittel und das Annektieren von Territorien, in denen nationale Arbeitskraft und nationaler Reichtum investiert worden waren, schien das einzige Mittel geworden zu sein, (...) die Kräfte, welche innerhalb der Nation überflüssig geworden waren, der Nation dennoch zu erhalten.«

Die geschichtliche Tragödie wiederholt sich als Farce: Die Überflüssigen des 19. Jahrhunderts waren Abenteurer und Haudegen, verwegene Typen, die sich in den Gossen von Paris und London um Abfälle geprügelt hatten, Lumpenproletarier, die ihre im Struggle for Life erworbene Grausamkeit im finsteren Herzen Afrikas an den Eingeborenen auslebten. Die Überflüssigen des 20. Jahrhunderts dagegen sind Schöngeister, abgebrochene oder abgehalfterte Akademiker, die die Kolonisierten höchstens mit Political Correctness quälen und ihnen den Rauswurf vom Arbeitsplatz androhen. Das blutige Geschäft der Repression und des Raubes überlassen sie den eingeborenen Gangs, mit denen sie im Machterhalt symbiotisch verbunden sind: der UCK im Kosovo, Zoran Djindjics Zigarettenmafia in Serbien, den Drogenbaronen der Nordallianz in Afghanistan. Wer will, kann darin einen zivilisatorischen Fortschritt sehen, zusammengehalten von den Seidenschals der Claudia Roth.

Quellen:

* Michael Schwelien: Joschka Fischer – Eine Karriere. Hamburg 2000;

* Christian Schmidt: Wir sind die Wahnsinnigen. Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang. München 1998;

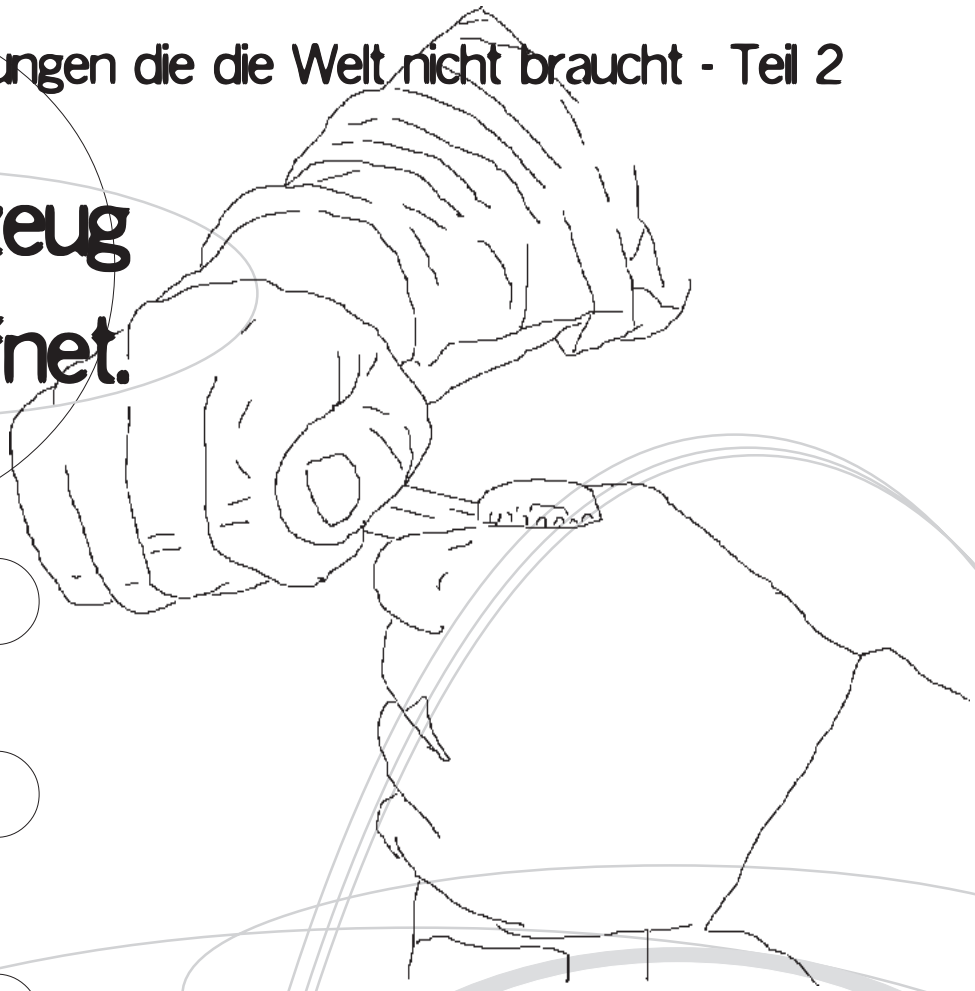
* Jürgen Elsässer: Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Hamburg 1999;

* Jutta Ditfurth: Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung, München 2000

* Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986

Anleitungen die die Welt nicht braucht - Teil 2

Wie Mensch eine Bierflasche mit einem Feuerzeug öffnet.



-Nimm das Feuerzeug so in die Hand, daß du das feuermachende Ende festhältst. ist das Feuerzeug nicht rund, sondern flach oder oval, dann halte es waagerecht, so daß du eine möglichst breite Angriffsfläche unter den Rand des Kronkorkens haken kannst.

-Den Flaschenhals mit der einen Hand fest umfassen. Dabei weder zu hoch noch zu tief anfassen. Das ist der springende Punkt: Fasst du zu hoch an, hat das Ende des Feuerzeugs keinen Platz mehr zwischen Kronkorken und Hand. Fasst du zu tief, dann ist der Winkel zwischen Flasche und Feuerzeug zu klein. Der Winkel (und damit die Höhe der Greifhand) ist richtig, wenn das Feuerzeug beim Öffnen des Korkens etwa im rechten Winkel zur Flasche steht.

-Such dir auf deinem Daumen oder auf dem Zeigefinger eine Auflagefläche, auf der das Feuerzeug möglichst flach aufliegt. am besten am untersten (und größten) Glied des Fingers. Deshalb ist der erste Punkt so wichtig.

-Es ist wichtig, daß der Punkt, auf dem das Feuerzeug auf deinem Finger aufliegt, möglichst nahe am Flaschenhals liegt. Dann habt ihr eine gute Hebelwirkung. Es kommt überhaupt nicht auf die Kraft an! Wenn du viel Kraft brauchst machst du etwas falsch. Ebenso wenn es weh tut. Dann such einfach weiter nach der richtigen Stellung von Hand und Feuerzeug.

-Es ist hilfreich, den Finger schon beim Greifen der Flasche etwas am Flaschehals etwas hochzudrücken, damit sich die Haut nicht zwischen Feuerzeug und Flasche einklemmt.

-Jetzt ist eigentlich alles fertig: Das andere Ende des Feuerzeugs runterdrücken und die Flasche ist auf.

-Nach dem gleichen Prinzip geht auch das Öffen mit vielen anderen Gegenständen: Löffel, Gabel, Zollstock und so weiter. Aber probiert es bitte nicht mit einer CS-Gas-Dose.

Politik in der Provinz

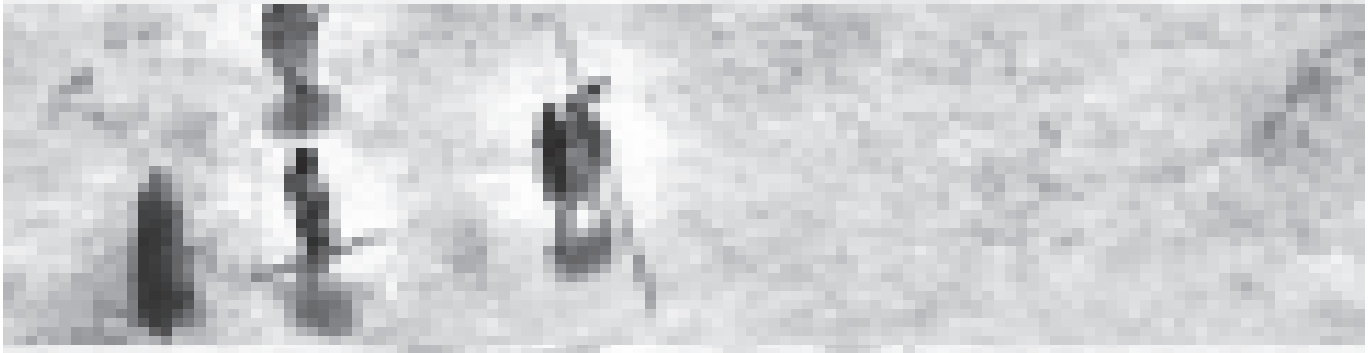
Interview mit Celler Linken

Immer wieder Weihnachten heißt es: Exilanten aller Kleinstädte, vereinigt Euch! Das kleinstädtische linke Jugendzentrum wird zu einem Ort, der scheinbar dem Schicksal trotzt. Temporär Zurückgekehrte belagern den aus Brettern zusammengezimmerten Biertresen und freuen sich über neue Klosprüche auf den vor Jahren selbst gebauten Toiletten.

Wer irgendwie kann, verlässt die Kleinstadt und sucht das urbane Leben in der Fremde. Sei es Berlin oder Hamburg oder vielleicht auch nur Hannover für die, die nicht ganz so weit weg wollen: Gehen werden fast alle. Materielle Zukunft ist häufig ein Fremdwort in der Kleinstadt. Universitäten, Ausbildungsplätze, interessante Jobs oder auch gepflegte Subkultur unter Gleichaltrigen sind Mangelware, denn nach der Schule kommt das Leben: aber bitte nicht zuhause!

Selbst die weihnachtliche Umkehrung des Exodus kann nicht überdecken, dass die Kleinstadtnazis, um die das politische Erwachen zirkelte, nicht mehr die eigenen sind, das Jugendzentrum samt Vokü und Bandproberaum wird schnell zum Ort nostalgischen Begehrens - Mittelpunkt des Lebens ist es längst nicht mehr.

Wie jedoch sieht die Realität derjenigen aus, die zuhause bleiben oder noch dort leben, weil Eltern und Schule dort sind? Unter welchen Bedingungen findet linke Politik statt, wenn ein Großteil der politisch Aktiven mit 20 Jahren das Feld räumt?



Was fällt Euch zum Stichwort „Linke Politik in der Kleinstadt 2004" ein?

Sven: Ich glaube nicht, dass es ein "Linke Politik für die Kleinstadt-Konzept" gibt, sondern dass auf die konkreten Bedingungen vor Ort geschaut werden muss. So sieht das für eine Stadt mit Uni oder mit starker Naziszene anders aus als für eine ohne, selbst im Wendland gibt es schon wieder andere Möglichkeiten als in ähnlich ländlichen Gegenden.

Ganz generell ist linke Politik keine Frage der Stadtgröße. Die Größe beeinflusst natürlich die Bedingungen: Hauptproblem in Kleinstädten dürfte die fehlende Infrastruktur sein (AstA, linke Läden, politische Stiftungen, etc.), wodurch kontinuierliche Politik oft schon an materiellen Bedingungen scheitert.

Ingo: Anhand der Fragen „Krieg" und „Sozialabbau" kann ich vielleicht mal beschreiben, was in der Provinz läuft bzw. nicht. So ist es letztes Jahr den Rot-Grünen vor Ort nicht gelungen, sich an die Spitze der Antikriegsbewegung zu setzen. Die lokale Linke hat das politische und organisatorische Potenzial gehabt, die Proteste zusammen mit Kirche und DGB zu organisieren - unter explizitem Ausschluss von rot-grün.

Im Widerstand gegen den Sozialabbau sieht's dagegen eher düster aus, gerade bei den Jüngeren. Falls Ihr Euch gefragt habt, wo die kleine Gruppe der um die Fünfzigjährigen im „ACT!"-Block auf der Demo gegen Sozialabbau in Berlin am 3. April herkam? Das waren ein paar Celler.

Wenn man heute an linke Bewegung denkt, kommt schnell die Assoziation „Metropole". Ungeahnte Möglichkeiten, verschiedenste linke Gruppen und alle schrauben doch am gleichen Projekt, sei es eine „andere Welt" oder auch der „Kommunismus".

Wie erlebt Ihr „Bewegung", welche Assoziationen weckt dieser Begriff bei Euch?

Ingo: Wahrscheinlich markiert diese Frage schon einen wesentlichen Unterschied zwischen Provinz und Metropole. Anscheinend kann man sich in der Metropole manchmal über das zentrale Problem der deutschen Linken hinwegtäuschen. Aus meiner Sicht gibt keine ernst zu nehmende soziale Verankerung und - wenn wir ehrlich sind - auch keine halbwegs realistische Aufhebungsperspektive. In der Enge der Provinz ist das einfach nicht zu übersehen. Ich freue mich zwar jedes Mal, wenn ich Klassenkampfparolen oder „Für Kommunismus" an unseren Fassaden lese, aber ich weiß, dass es aktuell nicht mehr ist als eine Flaschenpost.

Ansonsten sind soziale Bewegungen und die mit ihnen verbundenen Projekte nicht an die großen Städte gebunden. Nahezu jede Bewegungs-

strömung der letzten 30 Jahre gab es auch in der Provinz. Es wurden die gleichen Diskussionen geführt, die gleichen Zeitschriften gelesen, die selben Kongresse besucht und für oder gegen die gleichen Sachen demonstriert. Die Besonderheit der Provinz liegt vielleicht darin, dass Linke in höherem Maße bündnisfähig sein müssen, und das heißt angesichts der wenigen Aktiven nicht mit anderen Gruppen, sondern zu Leuten aus anderen Milieus. Flüchtlingspolitik etwa wird bei uns nicht von „Autonomen" gemacht, sondern von einigen wenigen Linken und engagierten Leuten mit eher christlichem Hintergrund.

Sven: Sicherlich sind die Möglichkeiten in der Metropole weitaus größer, was vorhandene "Angebote" betrifft, so gibt es in Großstädten zu jedem Themenfeld eine eigene Gruppe, d.h. man kann sich auch mit einem "speziellen Interesse" mit Leuten organisieren, während in Kleinstädten es oft nur zwei, drei größere Gruppen gibt, die dann verschiedene Themen abdecken (oder eben nicht).

In der Großstadt ist das Nebeneinander unterschiedlicher linker Gruppen oft weder „friedlich" noch konstruktiv. Gegenseitige Aversionen sind vorhanden und häufig nicht mal unbegründet. Nehmt Ihr solche Spaltungslinien war, gibt es bei Euch ähnliche Fronten?

Sven: Meinungsverschiedenheiten oder Streit gibt es auch in Kleinstädten. Diese hängen oft auch mit dem, was in den Großstädten abgeht, zusammen. Allerdings ist die szenetypische Abschottung und gegenseitige Abgrenzung nicht so stark - kann es oft auch gar nicht sein, weil man es sich nicht "leisten" kann. Da wird dann der potenzielle Stress mit Nazis oder die ohnehin schwache Infrastruktur sofort zum Problem. Natürlich gibt´s inhaltliche wie praktische Spaltungslinien, was aber eher in einem „Nichts-miteinandermachen" als in einem „Gegeneinanderangehen" mündet.

Ingo: Mein Eindruck ist, dass es in der Provinz nur selten konkurrierende Zusammenhänge gibt. Aber es gibt immer mal wieder Einzelne, die Gruppen mit ihren Anschauungen und dem, was sie von sich und anderen einfordern, an den Rand der Verzweiflung bringen. Nur finden sie eben anders als in Großstädten nicht noch drei andere, mit denen sie dann als Avantgarde durch die Gegend laufen. Diese ganzen Ein- und Ausgrenzungsnummern finden in der Regel nicht genug kritische Masse.

Sven: Viele Diskurse, die in Großstädten geführt werden, finden in Kleinstädten nicht statt oder erst dann, wenn Gruppen überregional organisiert sind. Ich denke dabei zum Beispiel an Debatten um Identität oder Gender, aber auch an Sachen wie Empire. Welche und auf welche Art Debatten geführt werden, hängt mehr von dem sozialen Background der Beteiligten ab als von dem Verhältnis Provinz/ Metropole. Das lässt sich auch an dem so genannten „Anti-deutschen Konflikt" nachvollziehen. Auch wenn dieser Konflikt in unserer Stadt praktisch keine Bedeutung hat, kommt man durch Zusammenarbeit mit anderen Städten nicht drum herum. Aus meiner Erfahrung aus der Anfangszeit der Antideutschen Gruppen, also denen, die aus dem autonomen Antifaspektrum kamen, kann ich sagen, dass antideutsche Gruppen in den Städten entstanden sind, die eine Uni haben.

So wie ich das beobachte, besteht die Praxis der Antideutschen in allererster Linie darin, die Praxis anderer linker Gruppen zu kritisieren. Die würden sich in einer Kleinstadt wohl schnell zu Tode langweilen. Es ist kein Zufall, dass Antideutsche nicht in den Städten aktiv sind, wo es doch am meisten angesagt wäre, was gegen rechte/ rassistische Hegemonie zu tun - sondern genau da, wo es keine rechte Hegemonie gibt, sondern linke Vorstellungen (im weitesten Sinne) noch weiter verbreitet sind.

Habt Ihr das Gefühl, dass Ihr auf Themen, die in der größeren Städten diskutiert werden, reagieren müsst? Kommen die überhaupt an?

Sven: Ob in der Kleinstadt oder in der Metropole, reagieren muss man nicht auf "Themen", sondern auf die sich in der Praxis ergebenden Widersprüche. Denn es ist ja klar, dass eine Gruppe, die im Bereich Flüchtlingsarbeit aktiv ist, sich mit anderen "Themen" beschäftigt als eine im Bereich Anti-AKW. In Städten mit einer größeren "Szene" gibt es natürlich auch mehr Einflüsse, verschiedene Vorstellungen und Widersprüche und somit auch eine größere thematische Vielfalt. Dies wird aber meinem Eindruck nach meist nicht produktiv genutzt, sondern führt im Gegenteil in der Szene oft zu einem Druck, sich mit allen Themen auseinandersetzen zu müssen. Sonst ist man schnell außen vor und gehört zu den "Dogmatikern oder Ewiggestrigen".

Die Art der Debatten und Konflikte wird in der Provinz dementsprechend oft als abgehoben wahrgenommen.

Ich glaube, dass das oft abschreckend auf neue, anpolitisierte Leute wirkt, die dann gehemmt sind sich zu engagieren, aus Angst irgendwas "Falsches" zu sagen. So was gibt es natürlich auch in der Provinz, aber der Konformitätsdruck ist in den Metropolen erheblich stärker.

Wie erlebt Ihr es, wenn ein großer Teil der politisch Aktiven mit 20 Jahren den Zusammenhang verlässt und weggeht? Wie reagiert Ihr darauf, ist eine kontinuierliche Arbeit da überhaupt möglich?

Sven: Wir haben beschlossen, dass Leute nach Abi/ Ausbildung einen Sender unter die Haut verpflanzt kriegen, der auf die Stadtgrenzen eingestellt ist. Sollten sie die Stadtgrenzen übertreten, werden äußerst schmerzvolle Stromstöße generiert. Wir denken, dadurch bekommen wir das Problem zukünftig in den Griff...

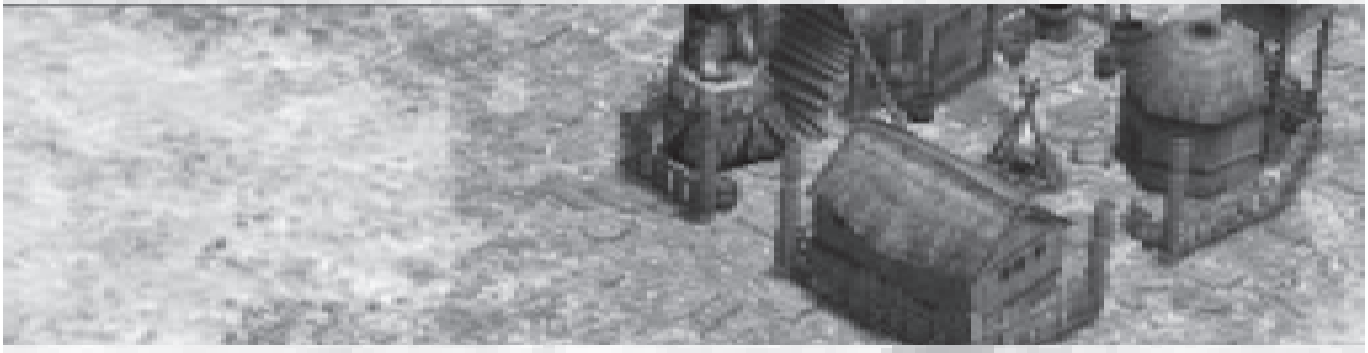
Naja, Scherz beiseite, ein Mangel linksradikaler Politik und ihrer Strukturen, nämlich keine gezielte "Nachwuchsarbeit" zu leisten, wirkt in der Provinz noch mal verschärft, da es eben keinen "Nachschub" von außen gibt. Daher ist kontinuierliche Politik nur da möglich, wo einzelne dabei bleiben. Allerdings ist auch das keine wirkliche Kontinuität, denn es muss ja immer wieder von vorn angefangen werden mit den neuen Leuten.

Das könnte wohl nur durch eine verstärkte Organisierung der "Verbliebenen" mit denen, die gehen, abgemildert werden. Das wiederum setzt die Bereitschaft voraus, sich auch nach dem Wegzug weiter mit den Problemen in der Provinz zu beschäftigen.

Ingo: Mal zurückgefragt: Wie reagiert Ihr in der Großstadt darauf, dass die Leute sich bei Euch fünf Jahre später aus den Zusammenhängen herausziehen? Ein Problem linker politischer Organisierung in Deutschland besteht darin, dass sie im Alltag kaum kompatibel ist mit Lohnarbeit und Familie. Wenn man sich in Celle die sozialen Hintergründe der Aktiven anschaut, sind sie entweder Schülerinnen und Schüler, einige wenige sind Langzeiterwerbslose - und dann gibt's noch einige, die um die Fünfzig wieder anfangen, weil sie sich nicht mehr um ihre Kinder kümmern müssen und der Job sie nicht mehr aufsaugt. Bei Euch kommen dann noch die Studentinnen und Studenten dazu, die wir nicht haben. In der Altersgruppe zwischen 30 und 40 klafft dagegen eine unübersehbare Lücke. Wir hatten in Celle das Glück, dass eine gute Handvoll Leute kontinuierlich seit 20 Jahren vor Ort linke Politik macht. Das bringt eine gewisse Kontinuität, die sich z.B. darin widerspiegelt, dass es praktisch seit Anfang der 1980er Jahre immer eine lokal ausgerichtete linke Zeitschrift gab. Und so ist auch ein Haufen an Erfahrungen und Wissen über lokale Strukturen akkumuliert. Interessanterweise bemühen sich aber in den letzten Jahren auch die Schülerinnen und Schüler um Kontinuität. Wir haben ein selbstverwaltetes Zentrum, das hauptsächlich von jungen Leuten gemanagt wird. Im Wissen darum, dass das Engagement in diesem Zentrum für sie nur eine Phase ist, ihnen das Projekt aber am Herzen liegt, wird teilweise reflektiert daran gegangen, neue Leute - quasi als Nachfolger - anzusprechen und einzubinden. Das hat die letzten acht Jahre - mal mehr und mal weniger gut - funktioniert.

Es gibt sicherlich unterschiedliche Möglichkeiten, sich mit linker Politik in der "Provinz" zu arrangieren. Empfindet Ihr die Kleinstadt eher als Fluch, oder auch als Chance?

Ingo: Ein linksradikales Milieu hat in einer Kleinstadt sicher andere Bedingungen als in einer Großstadt. Die Herren von der Politischen Polizei sprechen einen irgendwann mit Namen an. Der Spruch von den „Üblichen Verdächtigen" hat hier eine ganz eigene Wahrheit. Im Übrigen muss man immer sehr genau schauen, was bei der anders strukturierten Öffentlichkeit Sinn macht. Es ist auf der einen Seite sehr einfach, mit einer Aktion in die Lokalpresse zu kommen, auf der anderen Seite muss die Aktion aber politisch relativ genau bestimmt sein - weil: Wenn es nach hinten los geht, kann man nicht einfach in der Kneipe drüber lachen und am nächsten Tag so weitermachen wie gehabt. Man bleibt nicht anonym, sondern wird in der Schule, im Betrieb oder sogar beim Bäcker angesprochen. Damit ist aber auch die Wirkung manchmal besser zu beurteilen.



geklaut aus der arranca!

Wir wurden gebeten diesen offenen Brief abzudrucken:

WAS FÜR EINE ZUKUNFT FÜR TOGO !

Das 21. Jahrhundert ist sehr bewegt. Die Welt wird immer unruhiger. Die Nationen haben Angst vor der Zukunft. Die Fragen wann, wie und warum sind schwer zu beantworten. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde ganz Afrika von verschiedenen politischen sozialen Krisen bewegt. Die UNO ist nicht passiv vor der teuflischen Situation auf dem alten Kontinent geblieben. Aber im Fall von Togo, trotz internationalem Druck, erstickt das Volk und muss täglich kämpfen. Eine Friedhofstille herrscht über diesem Land. Alle diejenigen in Togo, die Menschenrechte verteidigen wollen, werden verfolgt und zum Exil gezwungen.. Durch die immer grössere Zahl von Togolesern im Ausland wird Togo als „Exodus-Land" bezeichnet. Seit der sozialpolitischen Krise in 1990, der Anfang des demokratischen Prozesses, blieb die Wende zu einer positiven Politik, zu einer echten Demokratie in Togo stecken. Diese Blockade kommt von der Diktatur, deren Wurzeln tief stecken. Um ihr Leben zu schützen, werden viele im Exil lebende Togoleser noch vom Diktator Eeyadema, Tyran, „nationaler Steuermann" und seinen „bösen Engeln" verfolgt. Die togolesischen Behörden haben sich für die diplomatische Karte entschieden, indem sie die internationale Meinung glauben lässt, dass sie die Freiheit des Bürgers wählen. Das Leben, der aus Europa nach Togo zurückkehrenden Flüchtlinge beweist das Gegenteil. Sie werden in den Kerkern der Gendarmerie inhaftiert. Die von der EU dem Togo auferlegte Strafe ist eine unbestreitbare Warnung. Die jetzige Regierung in Togo verdient eine Strafe.

Der Diktator Eyadema, wie man weiss, ist kompliziert. Alle im Exil lebende Togoleser kämpfen gegen die Diktatur, die Eyadema seinem unschuldigen und arbeitsamen Volk auferlegt. In Europa und vor allem in Deutschland haben sich viele aktive Togoleser für die politische Veränderung wie z.B.: Abdoulaminou TEOURI Präsident der ATMLC, Edem Koffi Noukpetor von ASSORETOBRE, Dzibil A. Gafarou, AMEGBLEMKE Tchoede, Agbolete John, GNANDI Samson, um nur diese zu nennen, denn die Lists ist lang, in politischen Verbänden engagiert, wie ATLMC, KARAWANE, um die diktatorischen Regierungen anzuzeigen und den Kampf für die Menschenrechte zu unterstützen.

Solange Eyadema und seine Baronen an der Macht bleiben werden die vertriebenen Togoleser in Europa oder anderswo unter schlimmen Bedrohungen leben und nur im Untergrund bleiben können.

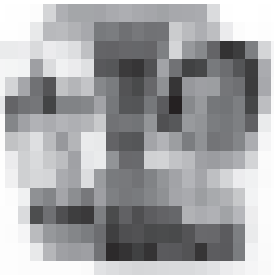
Was für ein Leben ! ! !

Herrn Präsidenten Eyadema,

Nach langer Überlegung habe ich die Ehre, Ihnen diesen Brief zu schicken.
Herr Präsident der Republik Togo, ich bitte Sie, ein bißchen Ihrer Zeit zu opfern, um diesen Brief zu lesen.
Seit meiner Geburt sehe ich Sie. Meine Kinder sehen Sie im Augenblick. Bestimmt werden meine Enkelkinder Sie noch sehen. Sagen Sie mir: „Warum immer Sie?"
Sie haben, seit dem Sie an der Macht sind, viele Generationen gesehen, manche haben schon die Erde, das Land ihrer, unserer, Ihrer Vorfahren verlassen!!
Warum Herr Präsident säen Sie Hass, Angst, Bitterkeit und Verzweiflung in das Herz so vieler Menschen? Sie predigen Frieden, aber Sie lassen in Wirklichkeit Terror herrschen. Aber das Echo dieses Terrors hört man schon weit und Sie wundern sich, dass die Welt alles von Ihnen weiss. Unter Ihrer, von manchen „Verderber Engeln" auf der anderer Seite des Ozeans unterstützen Herrschaft, haben Sie so viele Söhne geopfert, so viele tapfere Menschen aus Ihrem Land weit vertrieben, weil sie Sie hindern, Blut zu trinken. Mit der Spitze Ihres Seitengewehrs haben Sie den Nacken von denen, die Ihnen nicht zujubeln wollten, gebrochen. Sie haben mit den Waffen die vom Volk improvisierte Demokratie zertreten, weil sie von einer ewigen Herrschaft träumen.
Wissen Sie, Herr Präsident, dass Sie nach Bosheit stinken? Äusserlich verkleiden Sie sich wie ein Lamm, aber im Inneren sind Sie ein grausamer Wolf. Ich flehe Sie an, vor 2005 die Macht abzugeben, denn die Togoleser wollen Sie nicht mehr. Übrigens, sie haben Sie nie gewollt. Sie haben sie gezwungen, Sie zu akzeptieren. Sie stinken Herr Präsident.
Ich werde Ihnen noch mal schreiben um Ratschläge zu geben. Aber erkennen Sie, dass Ihre Herrschaft von Morden, Bosheit, Korruption und Verachtung des Menschengeschlecht gepflastert ist.

Hochachtungsvoll,
Herr Amegblemke Yaovi An

Film



crush hour concerts präsentiert die zukunft – konzerte 2005:

am Sonntag
30.01.2005
Vialka
+ USAisamonster
+ Koonda Holaa

Am Sonntag
20.02.2005
la casa fantom
+ parolen rufen

LuST Leben und Schwulentag
CSD Nordwest

November 2004

Talentschuppen

Erste Oldenburger LesBiSchwule (GLBT [1]) Casting-Party

Der LuST e.V., Organisationsverein des CSD-Nordwest, sucht Laien-Künstlerinnen aus der Region Nordwest, Bremen und Umland, die den CSD 2005 mit Auftritten bereichern möchten.

Am 23. April 2005 wird im Alhambra in Oldenburg eine LuST-Veranstaltung mit dem Titel „*Talentschuppen* Erste Oldenburger LesBiSchwule (GLBT) Casting-Party stattfinden. Ein Kleinkunst-Wettbewerb, bei dem das Publikum die Künstlerinnen bewertet und den oder die Gewinner bestimmt. Anschließend können die Gäste auf der Disco tanzen und auf die Gewinner anstoßen!

Als Hauptgewinn lockt ein Auftritt bei der „Nacht der kleinen Künste" zum CSD-Nordwest 2005.

Egal ob Kabarett, Chanson, Alleinunterhaltung, Musikgruppen, Tanz, Travestie, Schauspiel oder Performance. Hauptsache, Ihr habt Spaß an der Kunst und vielleicht schon ein eigenes kleines Programm.

Nur keine Scheu – wir freuen uns über viele Interessierte!

[1] GLBT = Gay, Lesbian, Bisexual, Transgender

Informationen unter: info@csd-nordwest.de, Telefon 0441 8001524 (Udo) oder unter www.csd-nordwest.de

Dezember '04

Dezember 04

Mi	1.12.	20h	FrauenLesbenKneipe
Do.	2.12.	21h	Sputnik-Konzert: Alcoholfino
Fr.	3.12.	22h	Reggae Corner
Sa	4.12.	22h	Homophilias
Mi	8.12.	21h	le chien electrique presents Washer, Zimmer & the guitar people + Tigrigs
Do.	9.12.	22h	Party der Fachschaft Sozialpädagogik
Fr.	10.12.	22h	Goa-Party
Sa	11.12.	22h	Frauenlesben Disco
Di	14.12.	21h	RedRedRed-KonzertJ Church (USA) + Support
Fr.	17.12.	21h	CD-Realease Party mit 3 Bands
Sa	18.12.	22h	Männerfabrik
Fr.	24.12.	22h	Techno-House-Party
Sa	25.12.	22h	Rosa Disco
Fr.	31.12.	22h	Lesbischwule Sylvesterparty

Januar 05

Sa	1.1.	22h	Lesbischwule Neujahrsparty
Fr.	7.1.	20-30h	R.T.F. - Die Vorlesekneipe Motto: „Die Heiligen 3 Könige"
Sa	8.1.	22h	Frauenlesben-Drag-Party

Wöchentlich

Mo.	18h	Archiv
Mo.	18h	Crush Hour Concerts
Mo.	20.3h	Antifa - Cafe
Do.	17h	Jugendcafe „Kaluppe"
Do.	18h	SchülerInnenbündnis „Swimmy"
Do.	19h	Vokü danach Kneipe
Do.	21h	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1.	Mi	20h	Frauenlesben Kneipe
1.	Do.	21h	Jazz-Cafe
2.	Do.	20h	Politische Werkstatt
2.	Fr.	20.30h	NutzerInnenplenum